:antifaschistische nachrichten Nr. 11

g 3336 29.5.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Sarrazin bei der FPÖ

Österreich/Graz. Etwa 600 Anhänger der FPÖ lauschten am 8. Mai in der Grazer Stadthalle einem Vortrag des umstrittenen Buchautors Thilo Sarrazin. Zu der Veranstaltung unter dem Motto „Der neue Tugendterror“ war SPD-Mitglied Sarrazin vom Präsidenten des FPÖ-nahen „Liberalen Klubs“, Peter Fichtenbauer, eingeladen worden.

An der Veranstaltung nahmen fast alle steirischen Nationalratsabgeordneten und Landtagsabgeordneten der FPÖ teil. FPÖ-Landeschef Gerhard Kurzmann begrüßte Sarrazin, und der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache bedankte sich bei Sarrazin nach dessen Rede für die „offenen Worte“, die wohltuend seien. Sarrazin sprach in seiner Grazer Rede über die „Blutspur der Gleichheitsideologie“ und las eine Passage aus seinem neuesten Buch vor. Im Anschluss signierte er Bücher und stand am Biertisch „für Fragen aller Art zur Verfügung“, heißt es in der „National-Zeitung“ (21-2014).

hma ■

AfD in Schutz genommen

Berlin/Hamburg. Der frühere Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, hat in einem offenen Brief die FDP und die Union für ihren Umgang mit der sogenannten „Alternative für Deutschland“ (AfD) kritisiert. Schlarmann verurteilte die „Verunglimpfungen und Entgleisungen“, denen die AfD ausgesetzt sei. Er forderte eine Entschuldigung dafür, dass der FDP-Europaabgeordnete Michael Theurer den AfD-Spitzenkandidaten Bernd Lucke als „verkappten Salonfaschisten“ bezeichnet hatte. Seiner Ansicht nach sei Lucke ein seriöser Wissenschaftler und sachorientierter Politiker, dem jede Radikalität fremd sei. Kritik übte Schlarmann auch an den Ministerpräsidenten des Saarlandes und Sachsen, Annegret Kramp-Karrenbauer und Stanislaw Tillich, die die AfD in der Nähe von Verfassungsfeindlichkeit und Rechts-extremismus verorteten. „Die Deutschen Kon-

Aus dem Inhalt:

Rechtsradikale kandidieren für die AfD Münster 4
Pro Köln verliert Fraktionsstatus 5
Frankreich: Erdrutschsieg für die extreme Rechte? 8

Zum erreichten Stand der Rechtskräfte

Zur Wahl des künftigen Europaparlaments

Von Bernard Schmid, Paris

Im neu gewählten Europaparlament für die Legislaturperiode 2014-2020 sitzen nun 145 Abgeordnete (von insgesamt 751), die als mehr oder minder rechtslastige „Euroskeptiker“ eingestuft werden. Aber nicht alle unter ihnen haben dasselbe Profil. Insbesondere die britische „Unabhängigkeitspartei“ UKIP und die deutsche AfD – die im Unterschied bspw. zum französischen Front National keine (neo)faschistischen, sondern rechtsbürgerliche Wurzeln aufweisen – wollen erklärtermaßen etwa nicht mit Marine Le Pen und ihrer Partei zusammenarbeiten.

Voraussichtlich wird aus dem rechten „EU-kritischen“ Lager nicht eine einheitliche, sondern werden mindestens zwei Fraktionen geformt werden: eine mit einem eher national-konservativen und eine mit einem rechtsextremen, Sozialdemagogie und Rassismus vereinigenden Profil.

An der Spitze der zweitgenannten Fraktion, sofern sie (im juristischen Sinne) zustande kommt, dürfte der französische Front National stehen. Denn er schnitt gleichzeitig unter den rechtsextremen Parteien mit am höchsten ab – neben der britischen UKIP und der dänischen DFP war er als einzige Rechtsaußenpartei stärkste Kraft im eigenen Land – und ist in einem „Kernland“ der Union angesiedelt. Nun wird diese Partei sich jedoch im Europaparlament zusätzliche Verbündete suchen müssen, um eine Fraktion zu bilden: Gelingt ihr dies, locken Mittelzuwendungen in Höhe von zwei bis drei Millionen Euro pro Jahr, Mitarbeiter/innen/stellen, Sitze in den Ausschüssen – und damit Zugang zu Informationen in diversen Fachthemen – und ein ausgeweitetes Rederecht. All dies bleibt fraktionslosen Abgeordneten vorenthalten, die lediglich über eine einmütige Redezeit pro Aussprache verfügen.

Der FN an der Spitze einer Eurofraktion?

Um den Fraktionsstatus im EP zu erlangen, benötigt eine politische Kraft 25 Sitze – über diese verfügt der französische FN mit 24 Mandaten nun fast alleine – und Mandate aus sieben verschiedenen Mitgliedsländern der Union. Bei der Staatenzahl sieht es im Augenblick jedoch noch knapp aus.

Seit zwei Treffen in Den Haag am 13. November und Wien am 15. November 2013 trat der französische FN im Bündnis mit sechs anderen Rechtsparteien an. Doch nicht alle zogen ins Europaparlament ein, denn erhielt die „Slowakische Nationalpartei“ (SNS) – die in Wien am 15.11.2013 beim Bündnisschluss dabei war – erhielt nur dreieinhalb Prozent und keinen Sitz. Bei Redaktionsschluss war nicht mit definitiver Sicherheit in Erfahrung zu bringen, ob der belgische Vlaams Belang (die Partei „Flämisches Interesse“) Mandate erhielt oder nicht. Allem Anschein nach verlor die rechtsextreme flämische Partei massiv, mit 4,7 % der abgegebenen Stimmen (minus 5,2 %), behielt jedoch ein Mandat. Bei den EP-Wahlen ebenso wie bei den gleichzeitig dazu stattfindenden Parlamentswahlen in Belgien büßte der VB massiv an Boden ein, zugunsten der flämisch-nationalistischen Rechtspartei N-VA („Neue Flämische Allianz“) des Antwerpener Bürgermeister Bart de Wever. Diese Partei steht zwar selbst weit rechts, ist jedoch eine nationalistisch-konservative Partei ohne fa-

Fortsetzung Seite 3

servativen“ sehen die AfD in einer aktuellen Rundsendung bereits als künftigen Koalitionspartner von CDU/CSU. In einer Umfrage befragt der Verein aktuell seine Anhänger, ob sich dieser „um eine Annäherung der Unionsparteien mit der AfD einsetzen“ soll oder nicht. Wie dies geschehen könnte, will der wegen „Volksverhetzung“ verurteilte ehemalige „BILD“-Redakteur Joachim Siegerist aber erst nach der Europawahl verraten.

hma ■

Vortrag abgesagt

SIEGEN. Ein am 27. Juni an der Universität Siegen geplanter Vortrag des aus Kroatien stammenden Politikwissenschaftlers Tomislav Sunic wurde nach scharfer Intervention der Hochschulleitung abgesagt. Sunic, der zum Thema „Der Untergang des Abendlandes“ referieren sollte, war von dem in Siegen lehrenden Politikwissenschaftler Jürgen Bellers eingeladen worden. Diesem war in der Vergangenheit von Kritikern „Homophobie“ vorgeworfen worden. Die Hochschulleitung der Universität Siegen hatte hinsichtlich der Einladung Sunics „verfassungsrechtliche Bedenken” geltend gemacht. Sunic war in der Vergangenheit u.a. als Redner auf NPD-Veranstaltungen aufgetreten.

Textbeiträge von ihm erschienen in verschiedenen extrem rechten Publikationen.

hma ■

Nazi-Aufkleber in Polizei-Einsatzfahrzeug

Als einige Anhänger der SpVgg Greuther Fürth am vergangenen Sonntag auf dem Weg zum Relegations-Rückspiel gegen den Hamburger SV waren, trauten sie ihren Augen nicht: In einem Mannschaftswagen des „Unterstützungskommandos“ (USK) der Bayerischen Polizei waren zwei Aufkleber aus dem Neonazi-Spektrum zu sehen. Deren Botschaften sind eindeutig: „Good Night Left Side“ sowie „Anti-Antifa. Den Feind erkennen – den Feind benennen“.

Die beiden Aufkleber werden über den rechten Online-Versand „Final Resistance“ vertrieben. Dessen Inhaber sind feste Größen der bayerischen Neonazi-Szene: Matthias Fischer aus Fürth und Tony Gentsch aus Oberprex. Seit Ende letzten Jahres zeichnen sich die beiden Neonazi-Kader für den Versand verantwortlich. Beide sind seit langem in der rechten Szene aktiv, Fischer war sogar auf einer Kontaktliste des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) aufgelistet. Die Aufschrift der neuen „Zierde“ der polizeilichen Transportkiste ist eindeutig: „Good Night Left Side“ sowie „Anti-Antifa. Den Feind erkennen – den Feind benennen“ ist dort mitsamt der Abbildung einer vermummten Person mit Zwille zu lesen.

Ansehen der Polizei „schwer geschädigt”

Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat den Vorfall in einer Pressemitteilung öffentlich gemacht und die Frage aufgeworfen, inwieweit sich „Neonazi-Aktivisten in den Reihen des bayerischen USK befinden“. Dem „Störungsmelder“ von „ZEIT Online„ sagte Holger Baumbach, Sprecher der zuständigen Bayerischen Bereitschaftspolizei, dazu: „Man kann es zu einer Unterstützungseinheit der Würzburger Bereitschaftspolizei nachverfolgen.“ Das Ansehen der Polizei sei „schwer geschädigt“, personelle Konsequenzen unumgänglich. Laut Bayerischem Rundfunk laufen bereits „interne Ermittlungen“, in denen sich alle Mitglieder der Würzburger Einheit einer Befragung unterziehen müssten: „Uns liegt am Herzen, dass wir denjenigen oder diejenigen schnell ermitteln können, dass sie auch entsprechend aufgeklärt werden, was sie da gemacht haben“, sagte Polizeisprecher Herbert Gröschel gegenüber dem BR. Sollte die betroffene Person ausfindig gemacht werden können, so sei deren „Zeit bei dieser Einheit zu Ende.“ …

Michael Fischer
Quelle: www.publikative.org ■

Die Fehler der Politiker halfen mal wieder den Nazis

Zwei gewalttätige Neonazis wurden Mitglied im Dortmunder Stadtrat

Die Nazis sind in Dortmund mit je einem Abgeordneten der NPD und der angeblichen Partei „Die Rechte“ (Nachfolgeorganisation verbotener Nazigruppen) als Ratsmitglieder in das Rathaus eingezogen. Sie versuchten, am Wahlabend die Wahlparty im Rathaus gewaltsam zu stürmen. Gewählt wurde auch der Nazi Siegfried Borchardt, seit vielen Jahren Anführer der gewalttätigen Szene. (Siehe die Meldungen aus „Ruhrbarone“ und „Ruhrnachrichten“ [letztere wiedergegeben von ND] vom 26. 5. 14.) Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, in Dortmund lebend, erinnerte an die Fehler der Politiker und der Polizei im Umgang mit den Nazis in ihrer „rechten Hochburg“ Dortmund. Das Organisationsverbot von 2012 habe nicht zu einem Verbot der Nachfolgeorganisationen geführt, die „Rechte“ sei geduldet und zur Wahl zugelassen worden und diese „Partei“ wie die NPD konnten sich rassistische Stimmungsmache aus der Mitte der Gesellschaft zu Nutze machen. Nie aufgeklärt wurde die Verbindung der Dortmunder Neonazis zum V-Leute-System und zum Mordtrio NSU.

Sander berichtet: Noch am Vortag erlebte ich dies:

Die „Rechte“ zog mit ihrem Redner Dennis Giemsch durch Dortmund . Am 24.5.2014 um 10.30 Uhr baute sich auf dem Markt (Heinrich-Sondermann-Platz) in Lütgendortmund neben unserem Stand der „Linken“ diese Nazibande auf und startete eine Wahlkundgebung. Etwa 30 Lütgendortmunder Bürgerinnen und Bürger umstellten die Rechten (sechs Personen, ein Lautsprecher, ein PKW) und störte die Nazis mit Rufen und Protestplakaten. Die Gegendemonstranten der Nazis wurden von Polizisten fotografiert.

Dennis Giemsch machte die Ausländer für alle sozialen Probleme verantwortlich, er betrieb Hetze gegen Roma und Sinti, die sich hier in „Ekelhäusern“ breitmachten – ein Begriff der etablierten Parteien und Medien aus der unrühmlichen Zeit der Hetzkampagne gegen den bulgarischen „Straßenstrich“ in Dortmund. Die Roma und Sinti vor allem aus Bulgarien würden sich Gelder ergaunern, ohne zu arbeiten. Sie erhöhten die Kriminalitätsrate. Giemsch bekannte sich dazu, dem 2012 verbotenen Nationalen Widerstand anzugehören und nun in der Partei „Die Rechte“ weiterzumachen.

Ich informierte mich bei der Besatzung eines anwesenden Polizeiwagens, ob man die Giemsch-Rede mitgeschnitten habe. Antwort: Nein. Ob man wegen Volksverhetzung vorgehen werde? Antwort: Nein. Ob man die Rede überhaupt angehört habe? Antwort: Das ist Gelaber, ich höre da nicht hin.

Wenn Demokraten jetzt darüber nachdenken, wer ihre Stimme bei den anstehenden Stichwahlen zum Oberbürgermeisterposten verdient, so sollten sie beachten: Der Kandidat Ullrich Sierau hat viel für das Widerstehen gegen die Nazis in Dortmund getan, mehr als andere, aber er hat großen Teilen seiner Partei nicht widersprochen und auch den Medien nicht, die die Kampagne gegen die Roma und Sinti seit dem Jahre 2010 hochpeitschten, um „Ekelhäuser“ und „Straßenstrich“ diesen armen Menschen anzulasten und sie zu stigmatisieren. Darauf konnten die Nazis nun erfolgreich aufbauen. Diese Kampagne mit ihren schlimmen Auswirkungen sollte endlich kritisch aufgearbeitet werden.

U.S. ■

Fortsetzung von Seite

schistische Wurzeln, im Unterschied zum Vlaams Belang.

Also wird Marine Le Pen nun nach neuen Verbündeten im EP suchen müssen, die bei der Fraktionsbildung mitmachen. Möglicherweise wird die FN-Chefin dabei auch auf Parteien zurückkommen, die bislang von Bestrebungen bezüglich einer gemeinsamen Fraktionsbildung ausgeschlossen blieben. Etwa die ungarische Partei Jobbik (ihr Name beruht auf einem Wortspiel, bedeutet „Die Rechte“ und „Die Bessere“ zugleich), welche mit 14,7 Prozent der abgegebenen Stimmen in Ungarn zur zweitstärksten Partei dort wurden, hinter der konservativ-völkischen Regierungspartei FIDESZ unter Viktor Orban mit 51,5 Prozent. Aufgrund ihres ungeschminkten Antisemitismus, aber auch aufgrund ihrer Vorliebe auch für asiatische Nationalismen – wie den türkischen – war die Jobbik-Partei in jüngster Vergangenheit von den Bündnisbemühungen des französischen FN und der österreichischen FPÖ ausgeschlossen geblieben.

Dem war jedoch nicht schon immer so: Von ihrer Gründung im Oktober 2009 in Budapest bis zum Oktober/November 2013 beruhte die „Europäische Allianz nationaler Bewegungen“ (französisch abgekürzt AEMN) im Kern auf einem Bündnis zwischen französischem Front National und ungarischer Jobbik. Doch Marine Le Pen ordnete einen Rückzug ihrer Partei aus dieser Struktur an, und der bis dahin amtierende AEMN-Vorsitzende Bruno Gollnisch vom FN sah sich genötigt, sein dortiges Amt niederzulegen. Nun kann es allerdings einen enormen Unterschied zwischen den Positionen vor einem Wahlgang und der Praxis danach geben – vor allem, sollte es aus dem einen oder anderen Grund doch noch knapp werden mit der Fraktionsbildung in Brüssel/Strasbourg. Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zu den Antisemiten und Romafeinden von Jobbik muss also genau beobachtet werden.

Unwahrscheinlich ist jedoch, dass die Abgeordneten der Neonazipartei „Goldene Morgenröte“ (9,39 % der abgegebenen Stimmen in Griechenland) oder der deutschen NPD in solche Bündnisse integriert werden. Die NPD erhielt 1,0 % (während in Deutschland auch 7 % für die AfD abgegeben wurden) und ein Mandat, dürfte aber ebenso isoliert bleiben wie voraussichtlich die „Golde Morgenröte“. Diese mehr oder minder offenen Hitler-Verehrer sind denn doch nicht vorzeigbar genug für Wahlparteien, die in ihren eigenen Ländern jeweils Einiges an politischer Reputation zu verlieren haben.

Abschneiden in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Neben dem französischen FN sind noch zwei andere rechtsnationalistische Parteien zur jeweils stärksten Kraft in ihren Ländern geworden: die britische UKIP mit 27,5 Prozent der abgegeben Stimmen, und die „Dänische Volkspartei“ (DFP) mit 26,7 Prozent der Wahlteilnehmer/innen im Königreich zwischen Nord- und Ostsee. Doch beide Parteien haben im Vergleich zum FN ein unterschiedliches Profil, weisen – anders als die französische Partei unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen – keine antisemitische Tradition auf und lehnen eine Zusammenarbeit mit Le Pen (Vater & Tochter) bislang ab.

Zur drittstärksten Partei in ihrem Land wurde die österreichische „Freiheitliche Partei“ mit (laut vorläufigem amtlichem Endergebnis) 20,5 % der Stimmen, nachdem sie im Laufe des Wahlabends zunächst mehrere Stunden lang bei 19,5 % zu stehen schien. Dies entspricht zwar einem starken Zuwachs für die FPÖ gegenüber den Europarlamentswahlen im Juni 2004 (die damals in der Wiener Bundesregierung sitzende Partei erhielt seinerzeit nur 6,3 %) und denen im Juni 2009 (die Partei befand sich in der Opposition und im Wiederaufstieg, und erhielt damals 12,7 %). Dennoch wurden der FPÖ zu Anfang dieses Jahres noch höhere Ergebnisse vorausgesagt. Doch sie vergeigte tüchtig ihren diesjährigen Wahlkampf. Infolge von verbalen Angriffen auf den österreichischen Fußballstar (nigerianischer und philippinischer Abstammung) David Alaba musste der nazi-nahe Ideologe und bisherige Spitzenkandidat Andreas Mölzer seinen Hut nehmen. Zu seinem Nachfolger als Spitzenkandidat wurde FP-Generalsekretär Harald Vilimsky bestimmt, doch ging daraufhin die deutschnationale Burschenschafter-Sippe – die nach wie vor das Rückgrat der FPÖ-Aktivistenschaft stellt – gewissermaßen in den Sitzstreik. Aufgrund des erzwungenen Abgangs von Mölzer zeigte sie sich unmotiviert für den Wahlkampf. Die inneren Widersprüche der Partei schlugen dadurch nach außen durch.

Ebenfalls auf dem dritten Platz, und einem aus ihrer Sicht relativ enttäuschenden Ergebnis, landete die „Partei für die Freiheit“ (PVV) des wasserstoffblonden niederländischen Hetzers Geert Wilders. Ihr wurden bei Redaktionsschluss 13,35 % und ein dritter Platz hinter Christdemokraten und Liberalen angesagt. Doch in den Umfragen hatte die Partei zum Teil deutlich höher gelegen. Bei den Europaparlamentswahlen im Juni 2009 erhielt sie noch 17 % der Stimmen, und 15,5 % bei der niederländischen Parlamentswahl im Juni 2010. Danach fiel sie allerdings, infolge ihrer zweijährigen Beteiligung an der Regierungskoalition (welche sie zum Platzen brachte), im September 2012 auf „nur“ noch 10,1 %. In der Opposition konnte die Partei sich zwar resignieren und stieg erneut auf. Aber im Frühjahr 2014 verlor sie aufgrund einer Hetzrede ihres unangefochtenen Chefs Geert Wilders vor den holländischen Kommunalwahlen („Was wollt Ihr? Weniger, weniger Marokkaner!“) an Zustimmung und auch mehrere ihrer Parlamentarier/innen.

Die PVV von Geert Wilders trat im Bündnis mit dem französischen FN und der österreichischen FPÖ zur Europaparlamentswahl an. Ebenso wie der im Niedergang befindliche belgische Vlaams Belang, die aus dem Europaparlament verschwundene slowakische SNS und auch die italienische Lega Nord (6,19 %, minus fünf Prozentpunkte). Als siebte verbündete Kraft traten die „Schwedendemokraten“ an. In dem skandinavischen Land erhielten sie 9,7 %, was eine spürbare Steigerung ihres Stimmenanteils gegenüber den Europaparlamentswahlen 2009 (damals 3,27 %) und den schwedischen Parlamentswahlen vom September 2010 (5,70 %) darstellte. Es genügte jedoch nur für einen fünften Platz.

Ebenfalls in Nordeuropa trat die Partei der „Wahren Finnen“ (PS) im Nachbarstaat Finnland an, die außerhalb der Allianz mit FN und FPÖ steht und sich wohl eher mit den nationalkonservativen EU-Skeptikern verbünden dürfte. Sie erhielt 12,9 % und belegte einen dritten Platz hinter Konservativen und Zentrumspartei.

Schwach schnitten ferner die rumänische rechtsextreme PRM („Großrumänienpartei“) mit rund drei Prozent und Ataka in Bulgarien mit 2,5 % der Stimmen (minus neun Prozentpunkte) ab. Beide Formationen hatten in der Vergangenheit zu den stärkeren rechtsextremen Parteien des Kontinents gehört. Und anlässlich des EU-Beitritts Rumäniens und Bulgariens hatten sie aufgrund ihrer Mandatsstärke die damalige rechtsextreme Fraktion ITS („Identität, Tradition, Souveränität“) ermöglichst. Letztere existierte rund neun Monate lang, von Februar bis November 2007, brach jedoch im Anschluss im Streit auseinander: Bei pogromartigen Ausschreitungen gegen Roma in Rumänien hatte die italienische Europaparlamentarierin Alessandra Mussolini, ebenfalls Mitglied der IST-Fraktion, gegen alle Rumänen gehetzt und sich so den Zorn der rumänischen PRM-Europaparlamentarier zugezogen. Sowohl die PRM-Vertreter als auch die Mussolini-Enkelin zogen daraufhin im Zorn aus der gemeinsamen Fraktion aus, die dadurch den Fraktionsstatus verlor. Während die PRM daraufhin durch die übrigen rechtsextremen Parteien geschnitten wurde, liebäugelte der französische FN zeitweilig noch mit einem Bündnis mit der bulgarischen Formation Ataka. Diese wurde jedoch im Februar 2014 durch Marine Le Pen ebenfalls von der Liste der bündnisfähigen Parteien gestrichen. Nunmehr konnten weder die rumänischen noch die bulgarischen Rechtsextremen einen Sitz erringen, oder auch nur in die Reichweite eines Mandats gelangen.

B.S. Paris ■

Rechtsradikale kandidieren für die AfD Münster

Münster. Mit der „Alternative für Deutschland" (AfD) ist eine Partei rechts von den Unionsparteien entstanden, die mit einer rechtspopulistischen Rhetorik auf Stimmenfang geht und damit bislang relativ erfolgreich ist. … Zahlreiche ehemalige Mitglieder der „Republikaner" (REP) oder von „Die Freiheit" sind in die AfD eingetreten. Auch in Münster kandidieren bei der Kommunalwahl zwei Personen, die über enge Verbindungen nach Rechtsaußen verfügen.

Listenplatz 6: Philipp Döbbe

Auf Platz 6 der Ratsreserveliste kandidiert Philipp Döbbe. Döbbe betätigte sich in Münster für die lokale Gruppe des rassistischen Blogs „Politically Incorrect" (PI News). „PI News" gilt als eines der meist besuchten politischen Blogs in Deutschland – und ist gleichzeitig auch eine der übelsten rechten Hass-Seiten im Internet. Gegründet 2004 hat sich das Blog zum Zentralorgan von Islamhasser_innen und Rassist_innen entwickelt. … Politisch unterstützt das Blog rechtsradikale Parteien wie die FPÖ, den Niederländer Geert Wilders oder „Pro NRW". Auch die Entwicklung der „Alternativen für Deutschland (AfD) wird interessiert kommentiert.

Döbbe organisierte Treffen der Münsteraner PI-Gruppe und meldete im Juli 2012 einen gemeinsamen Infostand von „PI News" und der islamfeindlichen „Bürgerbewegung Pax Europa" in der Münsteraner Innenstadt an. Lokale Ereignisse aus Münster waren immer wieder Thema von der Beiträge auf dem Blog. Döbbe betätigt sich innerhalb der AfD zudem für den Jugendverband „Junge Alternative", der in letzter Zeit durch seine Äußerungen, sein Verbindungen nach Rechtsaußen und eine auch in der AfD umstrittene Veranstaltung mit dem britischen Rechtspopulisten Nigel Farage (UKIP) auf sich aufmerksam machte.

Kandidat im Wahlbezirk 26: Reinhard Rupsch

Der AfD-Direktkandidat im Wahlbezirk 26, Reinhard Rupsch, kann auf eine lange politische Karriere bei den rechtsradikalen „Republikanern" (REP) zurückblicken. Bis 2004 war er deren stellvertretender Landesvorsitzender für NRW. Bei der Europawahl 2004 kandidierte er auf Listenplatz 6 der REP.

Er trat schließlich aufgrund von Streitigkeiten mit der REP-Landesvorsitzenden aus der Partei aus. … 2002 und 2003 nahm Rupsch am neonazistischen „Trauermarsch" in Dresden teil und hielt dort auch eine Rede. Auf der Demonstration 2003 sprach ebenso der NPD-Vorsitzende Udo Voigt. Die „Trauermärsche" in Dresden entwickelten sich zu den größten Neonazi-Demonstrationen in Deutschland mit mehreren tausend Teilnehmer_innen. …

Antifaschistische Linke Münster
antifa-linke-muenster@riseup.net

Anm. Red: Die AfD kam in den Wahlen für den Rat der Stadt Münster auf 2,6% der Stimmen und damit auf 2 Sitze im Rat.

Richtigstellung nach Angaben des Hamburger AfD-Kandidaten Sebastian Behr gegenüber der taz-nord

Behr behauptet aus Neugier ob des großen Polizeiaufgebotes zu der Kneipe gegangen zu sein, in der im Juli 2002 die Feier der Nazigruppe „Combat 18 Pinneberg" (s. AN 10/2014, S. 4/5)stattgefunden hatte. Deshalb habe die Polizei seine Personalien in die Teilnehmerliste der Nazifeier aufgenommen. Er habe weder an der Feier teilgenommen, noch habe er „mit Leuten dieser Veranstaltung zu tun" gehabt.

Ablehnung gg. „Pro NRW" in Bonn

Weit mehr als 300 Menschen haben auf dem Bonner Friedensplatz lautstark gegen eine Wahlkampfkundgebung der rechtsradikalen Partei „Pro NRW" protestiert. Die knapp 20 Wahlkämpfer der sich „Bürgerbewegung" nennenden Vereinigung benutzten zwar eine für ihre Zahl weit überdimensionierte , wurden aber weitgehend von Trillerpfeifen und Protestrufen übertönt.

Am entgegengesetzten Ende des Friedensplatzes wurde vom Bühnenwagen des Protestbündnisses Musik zur Stimmungsaufhellung beigesteuert.

Der Protest auf dem Friedensplatz sei ein großer Erfolg und habe in seiner Mischung der Beteiligten eine aufgeklärte Bürgerschaft gezeigt, die aktiv gegen rassistische Parolen vorgehe, bewertet „Bonn stellt sich quer".

Im weiten Umfeld des Friedensplatzes gab es auch bei den Einkaufenden Gästen der Gastronomie keinerlei Sympathie, sondern Abscheu gegenüber den Rechtsradikalen. Viele Menschen haben sich uns gegenüber dankbar gezeigt, dass wir uns den Rassisten entgegenstellen", erklärt Susanne Rohde.

Die Gegenkundgebung von „Bonn stellt sich quer" unter dem Motto „Keinen Platz, keine Stimme für Rassisten – Für ein friedliches Miteinander in unserer Stadt" begann mit einer von viel Applaus begleiteten Rede des Bonner Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch direkt nach dem Abzug der Rechts-Partei. Der Kölner Journalist Pascal Beucker informierte über die Neonazi-Vergangenheit vieler Protagonisten von „Pro NRW".

Bonns Integrationsbeauftragte Coletta Manemann berichtete über das Konzept zu einer Willkommenskultur für in Bonn Schutz suchende Flüchtlinge und lobte die vielen Initiativen und Kirchengemeinden, die sich in diesen Fragen tagtäglich engagieren.

Ein Sprecher der antifaschistischen Jugendorganisation Adelante schilderte das vielfältige Engagement von Jugendlichen gegen Rechts. Betroffen und nachdenklich machte der Abschlussbeitrag von Benjamin Etzold vom neu gegründeten Bonner Solidaritätsnetzwerk für Flüchtlinge „weltoffen" über die inhumane Situation an den EU-Außengrenzen, wo durch die Abwehr von Flüchtlingen durch „Frontex" u.a. im Mittelmeer immer wieder zahlreiche Todesopfer zu beklagen sind. Gefordert wurden drastische Änderungen für eine humane europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Das Szenario „Lärm gegen Hetze mit technologischer Aufrüstung der Rechten"

Protest gg. ProNRW in Bonn Foto K.R.

Nazis wollen Mailand

Italiens Premier Renzi verurteilt Hitlergruß und neuen „Marsch auf Rom“

In Mailand sind in der vergangenen Woche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen eine Nationalsozialistische Arbeiterbewegung (NSAB) eröffnet worden. Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden Klappmesser, Schlagstöcke, rassistische und antisemitische Propagandaschriften, Hakenkreuzfahnen sowie Porträts von Hitler und Mussolini sichergestellt. Wie die Tageszeitung La Repubblica berichtete, organisiert die Gruppe schon seit längerem Veranstaltungen und verbreitet Flugblätter, die aus Reden des „Führers“ zitieren. Ihre Mitglieder leugnen den Holocaust und feiern Hitlers Geburtstag. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, werde auch wegen Beziehungen der NSAB ins Ausland ermittelt.

Die Bewegung, die bereits seit 2002 existiert, konnte bisher ungehindert agieren und durfte 2004 zu den Kommunalwahlen antreten, wo sie zwei Sitze in Gemeinderäten von Mailand gewann. Zu den zeitgleich mit den EU-Wahlen am kommenden Sonntag stattfindenden Regional- und Kommunalwahlen wollen zwei der Neonazis für Bürgermeisterämter in Gemeinden von Mailand kandidieren. In der früheren Hochburg von Expremier Silvio Berlusconi dürften sie durchaus Chancen haben.

Ohne die Ermittlungen in Mailand direkt anzusprechen, verurteilte der Vorsitzende der Demokratischen Partei (PD), Ministerpräsident Matteo Renzi, am vergangenen Wochenende auf Wahlveranstaltungen in der Region Emilia Romagna öffentliche Huldigungen Hitlers mit dem „Führergruß“ und, Zitieren aus dessen Schriften. Auch wenn man das als „Spaß“ bezeichne, dürfe dies nicht geduldet werden. Denn, so Renzi, den La Repubblica ausführlich wiedergibt, dabei bleibe es nicht. Diese Leute wüßten, wen sie wählen. Das zielt auf den früheren Ministerpräsidenten Berlusconi, der mit seiner rechtsextremen Forza Italia (FI) das zersplitterte faschistische Lager um sich zu sammeln sucht. Umfragen rechnen der FI bei der EU-Wahl derzeit etwa zwischen 16 und 20 Prozent Stimmen zu. Renzi, der ab Juli den Italien zustehenden Vorsitz der EU-Präsidentschaft übernimmt, will sich damit auch deutlich vom FI-Chef, der erst unlängst den Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten, Martin Schulz, mit übelster faschistoider Hetze diffamierte, abgrenzen und Solidarität mit seinem deutschen Genossen bezeugen. Mit seinen ständigen Drohungen, an die Regierung zurückzukehren, wolle Berlusconi einen „Marsch auf Rom“ wiederholen. Damit spielt der jetzige Regierungschef direkt auf die faschistische Machtergreifung durch Mussolini 1922 an.

So scharf ist der Expremier, der selbst als ein offener Bewunderer Hitlers und Mussolinis bekannt ist, seit langem nicht attackiert worden. Gleichzeitig bringt Renzi mit seiner Offensive, die er nicht zufällig in der roten Emilia Romagna führt, seine widerspenstige linke Parteibasis, in der viele mit dem EU-Kandidaten von der griechischen Linken Tsipras liebäugeln, hinter sich. Nebenbei nutzt Renzis Auseinandersetzung mit Berlusconi der neuen Rechtspartei (NCD) seines Koalitionspartners und Vizepremiers Angelino Alfano, einem früheren Parteigänger Berlusconis, Wähler aus der FI auf seine Seite zu ziehen.

Gerhard Feldbauer ■

Pro Köln verliert Fraktionsstatus

„Kein Veedel für Rassismus zum Ausgang der Kommunalwahl in Köln

Wir haben es geschafft: „Pro Köln” hat nur noch 2,59% Stimmenanteile bei der Kommunalwahl erreicht und verliert damit den Fraktionsstatus. D. h. unter anderem, dass „Pro Köln” keine Fraktionsräume mehr bekommt und keine Gelder für Mitarbeiter. Damit fällt ihre gesamte Infrastruktur weg und die Hoffnung auf Pöstchen und Geld, für viele „Pro KölnerInnen“ wohl der größte Anreiz für ihr Engagement.

Einige Faktoren haben zu diesem Misserfolg beigetragen. Zunächst die Kandidatur der Alternative für Deutschland (AfD), die mit 3,6% in den Stadtrat einzieht. Die AfD dürfte „Pro Köln” einige Stimmen geklaut haben. Ein weiterer Grund ist der Betrugsprozess gegen die bisherige Stadtratsfraktion von „Pro Köln” wegen banden- und gewerbsmäßigen Betrugs. Dass der „Pro Köln”-Slogan „Wer betrügt, der fliegt“, am besten auf die eigene Partei passt, hat wohl auch der/die Dümmste bemerkt.

„Kein Veedel für Rassismus“ – eine Kampagne, die ankam

Wir glauben allerdings, dass auch die Kampagne „Kein Veedel für Rassismus“ entscheidend dazu beigetragen hat, „Pro Köln“ einen herben Misserfolg zu bescheren. Wir haben es mit der Kampagne und Euch geschafft, fast den gesamten Straßenwahlkampf von „Pro Köln“ zum Erliegen zu bringen. Die Aktion „Brauner Sack“ wurde großartig aufgenommen und hat „Pro Köln” zur Verzweiflung getrieben. Viele Menschen haben sich an den unterschiedlichsten Aktionen beteiligt oder wurden durch unsere Präsenz an den Wahlkampfkundgebungen zu Eigeninitiative animiert.

Höhepunkt der Kampagne war die Verhinderung der „Pro NRW“-Abschlusskundgebung in Riehl. Geschätzte 800 Menschen haben mit Blockaden verhindert, dass „Pro NRW” mit ihren Brandstifter-Parolen vor 2 Flüchtlingsunterkünfte in Riehl ziehen konnten, mit dabei viele Riehlerinnen und Riehler. Die Ausweichkundgebung der ärmlichen 48 „Pro NRWlerInnen” in Kalk wurde immer noch von 300 Menschen belagert und entsprechend deutlich kommentiert.

Wir können also mehr als zufrieden mit der Kampagne „Kein Veedel für Rassismus“ sein. Allerdings gibt es reichlich Gründe weiter aktiv zu bleiben. Mit der AfD gibt es jetzt eine neue rechtspopulistische Kraft im Rat, und „Pro NRW“ hat in anderen Städten, in denen es weniger Widerstand gab, durchaus hohe Anteile gewonnen.

Es gibt also immer noch reichlich zu tun. Wir haben gerade erst angefangen, lasst uns weitermachen mit „Kein Veedel für Rassismus“! ■

---

dem Protestbündnis übrigens selbst nicht gut. „Früher galt mal, dass erst bei Kundgebungen ab 50 Personen verwendet werden dürfen“ bemerkt Bündnis-Sprecher Mani Stenner. „So könnte man eine Beschallung der halben Innenstadt durch ein paar ewiggestrige Dumpfbacken vermeiden.“

Bündnis „Bonn stellt sich quer“ – www.bonn-stellt-sich-quer.de ■

Erst die Aufklärung, dann die Konsequenzen!

Heftige Kritik an der Weigerung des Landtags, eine Untersuchungskommission zur rechtsterroristischen Vernetzung und den Verbrechen der NSU einzusetzen

Nach dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat nun auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten heftig den Beschluss des Landtags zur Einrichtung einer Enquete-Kommission in Sachen nationalsozialistischer Untergrund kritisiert.

Für die dringend gebotene „Erarbeitung von Konsequenzen aus der Mordserie der NSU", wie es im Titel des Landtagsbeschlusses heißt, fehlt es an grundlegenden Voraussetzungen, nämlich der umfassenden Aufklärung dieser Verbrechen, der Verwicklungen von Geheimdiensten und der unübersehbaren Ermittlungspannen der Strafverfolgungsbehörden.

Diese Aufklärung könnte nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit den ihm eigenen Befugnissen wie Akteneinsicht und Zeugenvorladung leisten, nicht aber die jetzt beschlossene Enquetekommission.

Bis heute sind entscheidende Fragen vor allem rund um den Polizistinnen Mord von Heilbronn vollkommen unaufgeklärt.

„Die Ergebnisse der Ermittlungsgruppe Umfeld sind haarsträubend unzureichend", stellte Janka Kluge, Landessprecherin der VVN-BdA fest.

Die Erklärung, es handele sich um reine Zufallsopfer des Staatshasses der beiden Naziterrorristen Böhnhard und Mundlos, sei ein hilfloser Versuch am vorgegeben Ermittlungsergebnis, beide seien die feststehenden Alleintäter, festzuhalten.

Dieses klammere alle Verflechtungen von Behörden, Geheimdiensten und ihren V-Leuten in die Verbrechen und Strukturen des Rechtsterrorismus einfach aus.

Warum waren mindestens fünf Mitarbeiter von Geheimdiensten am Mordtag in der Nähe des Tatortes?

Warum ähneln die Phantombilder der Zeugen in keiner Weise den mutmaßlichen Tätern?

Warum beobachteten Zeugen mehr als zwei Täter?

Warum gingen die Behörden den schon unmittelbar nach der Tat bekannten Hinweisen auf einen rechtsterroristischen Hintergrund jahrelang in keiner Weise nach?

Wie kam es zu den unerwarteten Todesfällen von zweien dieser Hinweisgeber in den letzten Monaten?

Warum wurden Unterlagen vernichtet und andere nicht rechtzeitig weitergereicht?

Das sind nur einige Beispiele für Fragen, deren Antwort erst die Hintergründe der Verbrechen klären und Konsequenzen aus ihnen ermöglichen könnte.

Solange ein Versagen oder gar eine Verwicklung von Landesbehörden in neofaschistische Strukturen und deren Verbrechen ungeklärt im Raum stehen, können die richtigen Konsequenzen nicht gezogen werden.

Die Weigerung, einen Untersuchungsausschuss mit seinen entsprechenden Befugnissen zur Aufklärung der Dinge einzusetzen, wirft ein diffuses Licht auf den Aufklärungswillen der Akteure.

Vor allem die SPD muss sich fragen lassen, warum sie einen Untersuchungsausschuss konsequent verhindert hat.

Die VVN-BdA fordert weiterhin die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses und wird auch die von ihr initiierte Initiative zur Sammlung von Unterschriften für die Einsetzung eines solchen Ausschusses fortführen.

Janka Kluge Jochen Dürr
Landessprecherin und Landessprecher
der VVN-BdA Baden-Württemberg ■

Ausstellung über NSU-Opfer in rechtem Problemkiez

Dem Pankower Stadtteil Buch hängt seit Jahren ein rechtes Image an. Nach dem rechte Aktivitäten in den letzten Jahren merklich abnahmen, ist es Neonazis seit Beginn des Jahres 2013 jedoch gelungen, in Buch erneut einen Angstraum zu etablieren. Trotz des Engagements zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Gruppen konnten sich organisierte Neonazikader vor Ort weiter festsetzen.

Aktuell gehen sie vor allem gezielt gegen politische Gegner im Stadtteil vor:

26. April: Zwei Jugendliche werden von fünf Neonazis durch Buch gejagt, nach dem sie beim Entfernen von NPD-Aufklebern beobachtet wurden.

Ende April: Eine Frau die rechte Aufkleber abkratzt wird von Neonazis beleidigt und bedroht.

3. Mai: SPD-Mitglieder hängen ein Wahlplakat unter das der NPD. Daraufhin werden sie abfotografiert und von fünf Neonazis attackiert. Eine 60-jährige Frau geht dabei zu Boden.

8. Mai: 15 Nazis belagern das örtliche Gedenken: wieder Fotos und Bedrohungen.

17. Mai: Die NPD hält mit 13 Neonazis am Kaufland eine Kundgebung gegen „Asylmissbrauch" ab

„Rechte zerstören die Plakate anderer Parteien mittlerweile so regelmäßig, dass die Straßen in Buch teilweise über Tage nur von NPD-Plakaten gesäumt sind", so Martin Sonnenburg von der Gedenkinitiative „Niemand ist vergessen!".

19. Mai: Ausstellung über die Opfer des NSU kommt nach Buch

Um die Kontinuität rechter Gewalt aufzuzeigen und um zu verdeutlichen, dass die Übergänge zwischen rechter Straßenmilitanz und Rechtsterrorismus teilweise nahtlos sind, kommt die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen" nach Buch.

Die von Birgit Mair erarbeitete Ausstellung über die Opfer des rechten Terror-Netzwerkes „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) verleiht Ermordeten eine Geschichte und ein Gesicht. Die vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. in Auftrag gegebene Ausstellung schildert anhand von zahlreichem Bildmaterial und Erzählungen von Angehörigen die Biographien der NSU-Mordopfer. Auf 22 Tafeln setzt sich die Ausstellung mit den Verbrechen des NSU in den Jahren 2000 bis 2011 sowie der gesellschaftlichen Aufarbeitung des NSU auseinander. Sie beschäftigt sich unter anderem mit den lebensbedrohlichen Bombenanschlägen in Köln, der Neonaziszene der 1990er Jahre, dem NSU-UnterstützerInnen-Netzwerk und den rassistischen Ermittlungen gegen die Angehörigen der Betroffenen.

Die Ausstellung wird vom 19. bis 30. Mai in Buch zu sehen sein. Öffnungszeiten: 9.00 – 18.00 Uhr

Infos unter:
www.niemandistvergessen.blogsport.eu
www.opfer-des-nsu.de ■

Nebenklagevertreter der Familie Taskö-prü fordert Untersuchungsausschuss

Hamburg. Die Nebenklagevertreter der Familie Tasköprü haben sich mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit gewandt. Darin heißt es:

„Nach nunmehr einem Jahr (NSU-) Prozess wird mehr und mehr deutlich, dass das Trio nicht aus Einzeltätern bestand. Es gab offensichtlich mehr Unterstützer und Helfer, als angenommen. Es zeichnet sich auch ab, dass es Kontakte nach Hamburg und zu Hamburger Neonazis gab. Wir fordern das Bemühen des Hamburger Senates ein, eine lückenlose Aufklärung dieser Kontakte umzusetzen.

… Wir wissen, dass es nicht die Aufgabe des OLG Münchens ist, die Verbindungen zwischen Hamburger und Thüringer Neonazis festzustellen. In Anbetracht der Rolle und der bundesweiten Bedeutung von Hamburger Neonazis kritisieren wir aber, dass die hiesigen Ermittlungsbehörden den Verbindungen zwischen den Angeklagten im NSU-Prozess zu den in Hamburg lebenden Neonazis bisher nicht ausreichend nachgegangen sind. Im Laufe des Prozesses sind viele Anhaltspunkte aufgezeigt worden, die weiterführende Ermittlungen notwendig machen, da diese nicht im Rahmen des Prozesses aufzuklären sein werden. Als Nebenklage und Vertreterinnen der Familie Tasköprü fordern wir daher die konsequente Aufklärung aller Verbindungen und Spuren zum Mordfall an Süleyman Tasköprü. Wir müssen aktiv werden und die Initiative des Senats einfordern, da wir eine solche Aufklärung nicht im Rahmen und den Möglichkeiten des Prozesses gegeben sehen. Wir gehen davon aus, dass es eine regionale Unterstützung aus Hamburg für den NSU gegeben haben muss. Wie dies konkret gewesen ist, können wir zurzeit nicht sagen, dies liegt in der Pflicht der Ermittlungsbehörden. Die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 29. April 2014 hingegen ist unbefriedigend. Die Versäumnisse und Fehler der Hamburger Behörden werden keineswegs aufgeklärt. Ein Kennverhältnis zwischen Angeklagten im NSU-Prozess und Hamburger Personen wird von den offiziellen Behörden in Hamburg jedoch nicht ausgeschlossen. Allerdings wird diesem Anfangsverdacht, dass es durchaus engere Verbindungen zwischen Einzelpersonen gegeben haben kann, nicht konsequent nachgegangen.

Folgende Indizien sind unseres Erachtens Anknüpfungspunkte für weiteren Aufklärungsbedarf:

Vor einigen Wochen wurde bekannt, dass sich in der Neonazi-Publikation „Der Weiße Wolf“, ein weiterer Hinweis befand, dass mehr Personen als die Angeklagten über die Taten des NSU Bescheid gewusst haben können. „Der Weiße Wolf“ druckte im Frühjahr 2000, vor dem Mord an Süleyman Tasköprü, einen Artikel des Hamburger Abendblatts von 1999, der eine vermeintliche Separierung türkischer Migrantinnen in „Ausländerviertel“ zum Thema hat. Nach dem Mord an Süleyman Tasköprü, schickte der NSU eine Geldspende an den „Weißen Wolf“ und im Jahr 2002 bedankt sich der „Weiße Wolf“ mit einer Anzeige und Gruß an NSU.

Aus dem Chemnitzer B&H/88er-Netzwerk stammten auch fast alle anderen frühen Unterstützer des Trios, wie Thomas Starke, Thomas Rothe, Jan Werner und Carsten Richter. Insbesondere durch die Vernehmung der Zeugin Struck ist deutlich geworden, dass die Unterstützung des Trios nicht als Privatperson erfolgt ist, sondern als ein Teil eines organisierten Netzwerkes.

• Thomas Gerlach war in denselben Jahren in der HNG aktiv, als Christian Worch, ein bekannter Hamburger Neonazi, Schriftführer der HNG war. Die Zeugin Struck hat in ihrer Aussage bestätigt, dass sie Worch in zumindest einem Vernetzungstreffen gesehen hat (HV v. 10.04.2014), mehr wollte sie dazu nicht erinnern.

• Am 15.09.2000 hat das Trio eine SMS erhalten (Auswertung eines im Brandschutt gefundenen Handys). Der Urheber ist höchstwahrscheinlich Ralf Wohlleben, weil die SMS mit „Ralf“ unterzeichnet ist. Darin erklärt Ralf, er könne nicht mehr anrufen, weil gestern B&H verboten worden sei und vermutlich bald THS verboten werden würde. Das Datum ist beachtlich: Ein Tag zuvor war in Hamburg die Verbotsverfügung gegen Blood-and-Honour ergangen.

• In Hamburg leben seit Beginn der 1990er Jahre die bundesweit aktiven Neonazi-Funktionäre Jürgen Rieger, Christian Worch und Thomas Wulff. Der Holocaustleugner Rieger sowie Gisa Pahl boten seit 1992 mit dem sogenannten Deutschen Rechtsbüro (DRB) Neonazis bundesweit Rechtsschulungen und juristische Vertretungen an. Aus den Akten ergibt sich ein Hinweis, dass Uwe Mundlos 1995 über Briefkontakte in der HNG den Kontakt zu Rechtsanwalt Rieger suchte und anscheinend auch gefunden hatte. Diese Verbindung ist jedoch wegen des Geheimvermerks nicht zitierfähig.

• Am 25.10.1997 führte Pahl eine sogenannte Rechtsschulung des DRB in Heilsberg (Thüringen) durch. Unter den 30 Teilnehmern waren unter anderem auch Uwe Böhnhardt sowie Tino Brandt. Für die Rechtsrockveranstaltung Fest der Völker im Jahr 2005 vertrat Pahl Ralf Wohlleben bei der Genehmigung der Veranstaltung. Ebenfalls beteiligt an der Organisation dieses jährlichen Nazi-Events waren André Kapke und Holger Gerlach.

• In den Trümmern der Wohnung des NSU wurde unter anderem ein Zettel mit zehn Namen extrem rechter Publikationen und Organisationen aufgefunden. Diese bekamen mutmaßlich 2002 einen Brief vom NSU. So auch das DRB, für welches damals sowohl Gisa Pahl als auch der verstorbene Neonazi-Multifunktionär Jürgen Rieger verantwortlich waren. Damaliger Domaininhaber der Website von 2000 bis 2002 war Tino Brandt.

• Eine Durchsuchung beim DRB beziehungsweise der Nordischen Zeitung, für die Rieger verantwortlich gewesen war, durch die Generalbundesanwaltschaft wurde aufgrund vermeintlich rechtlicher Hürden bisher nicht erwirkt, da unklar sei, wer 2002 bis 2003 verantwortlich für das DRB gewesen sei. In anderen Bundesländern fanden bei Organisationen, die auf dem Zettel des NSU standen, wie z.B. der „Weiße Wolf“, Durchsuchungen statt. Das DRB wurde nicht beobachtet, weil es in Hamburg nicht auffällig erschien. Dass Tino Brandt für die Internet-Präsenz einige Jahre verantwortlich war, war dem Hamburger LKA offenbar nicht bekannt.

• Laut Akten hat das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg zumindest einige Erkenntnisse zu André Kapke, mithin zu einem der frühesten Unterstützer des Trios. Die Frage, welche Akten existieren und woher die Erkenntnisse stammen, ist völlig offen. Es ist zu hoffen, dass die Unterlagen zwischenzeitlich nicht geschreddert wurden.

Es kann nicht abschließend behauptet werden, Worch, Pahl, Rieger oder andere Hamburger hätten vom NSU gewusst.

Diese Fragen kann nur ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären.“

Die Nebenklagevertretung der Familie Tasköprü: Rechtsanwältin Gül Pinar, Rechtsanwältin Angela Wierig,Rechtsanwalt Philipp Götze, Rechtsanwalt Andreas Thiel

von der Redaktion stark gekürzt ■

Erdrutschsieg für die extreme Rechte?

Das tatsächliche Ausmaß des – beeindruckenden – Wahlerfolgs des Front National (FN) muss zwar relativiert werden. Dennoch kündigt er für alle progressiven Kräfte nichts Gutes an, während die etablierten Parteien ihr selbstverschuldetes Desaster ausbaden. Die Regierung des rechten Sozialdemokraten Manuel Valls kommt unterdessen nur auf einen Einfall: Steuersenkungen, Steuersenkungen, Steuersenkungen! Eine rechte Antwort auf das Desaster einer rechtssozialdemokratischen Regierungspolitik, die niemanden zur Zustimmung treibt…

Bei den Europaparlamentswahlen in Frankreich erhielt die Flaschensammlung rund um Präsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls einen monumentalen Fußtritt. Das HÄTTE aus linker Sicht vielleicht eine gute Nachricht sein können. Es hätte, wenn denn als Alternative zu ihrer rein kapitalfreundlichen Politik etwa linke Alternativen gestärkt worden wären. Oder falls zumindest anderweitig tatsächliche oder vermeintliche Wahlalternativen, seien sie grün oder piratig oder sonst etwas, aus – wie auch immer diffus ausfallendem – Protest gegen die Regierungspolitik gestärkt worden wären.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Als glänzender Sieger aus der französischen Wahl zum Europaparlament geht der rechtsextreme Front National (FN) hervor. Laut dem vorläufigen amtlichen Endergebnissen erhielt er 24,85 % der abgegebenen Stimmen. Damit wurde die neofaschistische Partei zur stärksten Kraft und erhielt allein 24 Sitze, von insgesamt 74, welche Frankreich zustehen.

Andere politische Kräfte

In Frankreich kann der FN triumphieren. Die stärkste Partei auf der bürgerlichen Rechten, die wirtschaftsliberal-konservative UMP (eine Partei ungefähr vergleichbar mit der deutschen CDU/CSU, in jüngerer Zeit mit erstarktem national-reaktionären Flügel), schnitt mit 20,79 % erheblich schwächer ab. Die gemeinsame Liste der regierenden Sozialdemokraten und der linksliberal-bürgerlichen ‚Radikalen Partei der Linken' (PRG; ihr Name bezieht sich auf den als ‚Radikalismus' bezeichneten antiklerikalen Liberalismus im 19. Jahrhundert) erhielt nur 13,98 % der Stimmen. Damit unterbot die regierende französische Sozialdemokratie ihren Tiefenrekord von der Europaparlamentswahl im Juni 1994, mit damals 14,49 % der Stimmen.

Nur leider gewann auch keinerlei Alternative links von ihr hinzu. Die ‚Linksfront' (der ‚Front de gauche' – FdG, also der seit 2009 existierende Zusammenschluss aus französischer KP und der ‚Linkspartei' – dem Parti de Gauche, PG , einer Abspaltung von der Sozialdemokratie) erhielt nur 6,34 %. Dadurch sank sein Stimmenanteil noch gegenüber der Europarlamentswahl vom Juni 2009, der ersten, zu welcher das Linksbündnis antrat; damals erhielt es 6,48 % der abgegebenen Stimmen. Auch die nicht etablierte, außerinstitutionelle radikale Linke konnte wirklich überhaupt nicht punkten. Die Liste der ‚Neuen Antikapitalistischen Partei' (des NPA) mit ihrer Gallionsfigur Olivier Besancenot etwa erzielte im Wahlkreis von Paris plus Umland dieses Mal nur 0,8 % der Stimmen. Nicht einmal die nur leicht links von der Sozialdemokratie stehenden, doch immerhin Anfang April d.J. aus der Regierung ausgetretenen Grünen konnten sich halten. Nachdem ihre Liste im Juni 2009 in Frankreich noch stattliche 16,3 % der Stimmen erzielte, erhielten sie dieses Mal nur noch 8,91 %. Und dies, obwohl Europaparlamentswahlen – aufgrund des ausgeprägt „pro-europäischen" Charakters dieser Partei sowie der Tatsache, dass die EU-Wahl in Frankreich als einzige nach dem reinen Verhältniswahlrecht abläuft – die mit Abstand günstigsten für die Ökopartei darstellen.

Die Ursachen für das Desaster der stärksten etablierten Parteien sind ausschließlich hausgemacht. Seitens der Sozialdemokratie liegt sie in der vollkommen rechtslastigen, rein kapitalfreundlichen Regierungspolitik. Diese kann nun wirklich niemanden begeistern: Wirtschaftsliberale Wähler/innen stimmen gleich direkt für den Bürgerblock, und der extremen Rechten wird der Ausdruck sozialen Veränderungswunschs als (demagogisches) Wahlargument zum Billigstpreis überlassen.

Die UMP wiederum stolpert über die tiefen Spaltungslinien und Gräben, die ihr Lager derzeit durchziehen. Da wäre ihre inhaltliche Gespaltenheit bezüglich der EU-Integration versus Rückkehr zum guten alten Nationalstaat – ihr vormaliger Regierungssprecher Laurent Wauquiez etwa outet sich einem jüngst publizierten Buch als EU-Feind und fordert eine von 28 auf nur noch sechs Mitglieder radikal geschrumpfte Union, weswegen Ex-Außenminister Alain Juppé ihn umgehend zum Austritt aus der Partei aufforderte. Und da wäre vor allem auch ihr innerparteilicher Streit rund um haarsträubende Korruptionsaffären. Die Kommunikationsfirma Bygmalion, angeleitet von persönlichen Freunden des amtierenden UMP-Vorsitzenden Jean-François Copé, hatte sich Summen in mehrfacher Millionenhöhe in die Tasche gesteckt dafür, dass sie ein paar Stühle, Räume und Mikrophone für Parteiveranstaltungen anmietete. Der Skandal war schon vergangene Woche voll ausgebrochen. Noch in der Nacht nach dem Wahlabend spitzte er sich erneut zu. Die konservative, UMP-nahe Tageszeitung ‚Le Figaro' titelte kurz vor Mitternacht auf ihrer Webseite: „UMP: Der Krieg ist erklärt", und Ex-Premierminister François Fillon kündigte im Laufe des Abends seine Abspaltung und die Gründung einer eigenen Partei an. Diese Situation dürfte aus Sicht des FN höchsterfreulich ausfallen, scheint sie ihm doch zu garantieren, auf längere Sicht stärkste Kraft auf der politischen Rechten zu bleiben…

Was die linken (potenziellen) Stimmalternativen betrifft, so konnten sie sich in ihrer Mehrheit nicht klar genug von Regierung und sozialdemokratischer „Realpolitik" im Namen der Kapitallogik abgrenzen. Im Vorfeld der diesjährigen französischen Kommunalwahlen vom 23. und 30. März 2014 hatte die ‚Linksfront' sich auf das Heftigste darüber zerstritten, wie man sich gegenüber der Sozialdemokratie positionieren sollte. Die französische KP (welche eher den rechteren Flügel im Bündnis darstellt) hatte sich im Laufe des Winters 2013/14 dazu entschieden, in rund einem Drittel der Kommunen – darunter besonders sichtbare Städte wie Paris – keine eigene Liste aufzustellen, sondern schon im ersten Wahlgang gemeinsam mit der Sozialdemokratie anzutreten. Dadurch wurde das „Oppositions"profil, das die „Linksfront" auf frankreichweiter Ebene an den Tag zu legen versucht, gehörig verwischt. Auch wenn andere Fraktionen der heterogen zusammengesetzten Links-Allianzen gleichzeitig eigene Listen unabhängig von der Sozialdemokratie aufstellten, was freilich zum Eindruck nachhaltiger Zerstrittenheit führte. Und was die radikale Linke betrifft (alle Listen links von der etablierten ‚Linksfront' erzielten am Sonntag zusammen nur 1,6 % in Frankreich, gegenüber rund sechs Prozent bei der letzten EP-Wahl im Juni 2009), so konnte sie ebenfalls nicht punkten. Verantwortlich dafür ist u.a. ein Versuch, sich als „politischen Ausdruck der sozialen Kämpfe" zu profilieren – in einem Augenblick, wo soziale Kämpfe in Zeiten der Krise fast inexistent sind, u.a. auch aufgrund der dämpfenden Politik der Mehrzahl der Gewerkschaftsapparate.

Vorläufige Bewertung des FN-Ergebnisses

Den Triumph des Front National gilt es nun nicht zu überzeichnen: Die rechtsextreme Partei erhielt an diesem Sonntag →

NPD-Marsch nach 200 Metern beendet

Berlin: Dass die NPD am 26. April 2014 ausgerechnet durch Berlin-Kreuzberg marschieren wollte, war schon eine Provokation der besonderen Art. Der nach wie vor bunte Kiez bildet zusammen mit Friedrichshain den einzigen Wahlbezirk, in dem bei Bundestagswahlen die Grünen ein Direktmandat erringen können.

Christian Ströbele hat das drei Mal hintereinander geschafft. Die Route der Rechten war von der Polizei erst sehr spät bekannt gegeben worden. Das reichte aber allemal, damit das Bündnis „Berlin nazifrei" Gegenwehr organisieren konnte. Unterstützt wurde diese unter anderem von ver.di, den Jusos, den Grünen, der Linkspartei und verschiedenen Bürgerinitiativen. Die Strecke wurde von einigen Tausend Menschen – die Angaben schwanken zwischen 3000 und 6000 – durch Sitzblockaden dichtgemacht. Der Abmarsch der rund 100 Neonazis am S-Bahnhof Jannowitzbrücke verzögerte sich immer wieder, obwohl die Polizei das Areal abgesperrt hatte.

Als sie dann losmarschierten, wurde es endgültig eng. Für knapp 200 Meter brauchten sie eine Dreiviertel Stunde. Dann ging es zwangsweise zurück, weil der Weg in alle Richtungen blockiert war. Aus „Gründen der Verhältnismäßigkeit" – so ein Polizeisprecher – war es nicht möglich, den Weg für die NPD freizuhalten. Einige Protestierer, die der autonomen Szene zugerechnet werden, wurden nach Flaschenwürfen festgenommen. Auch vier Neonazis wurden festgenommen, einer davon ein Redner, der volksverhetzende Parolen über einen Lautsprecher verbreitete. Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit, zeigte sich mit dem Engagement gegen Rechts zufrieden: „Die Berlinerinnen und Berliner haben heute einmal mehr eindrucksvoll gezeigt, dass in Berlin für den braunen Mob kein Platz ist." In Kreuzberg schon gar nicht, ließe sich hinzufügen.

Den Stadtteil haben die Neonazis übrigens nicht erreicht. Der Startplatz Jannowitzbrücke liegt im Bezirk Mitte, Kreuzberg ist deutlich mehr als 200 Meter entfernt. Augenscheinlich war der Frust nach dem verhinderten Aufmarsch groß. Einen für den 1. Mai im Berliner Bezirk Neukölln beantragten Umzug hatte die NPD abgesagt.

„Aktiv + Gleichberechtigt Mai 2014" ■

---

rund 4,7 Millionen Stimmen. Hingegen erzielte ihre Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen am 22. April 2012 ihrerseits über sechs Millionen Stimmen. Der Front National (FN) profitierte – was seinen Prozentanteil betrifft – stark von der hohen Wahlenthaltung, die genau 57 Prozent betrug; auch wenn die Beteiligung mit 43,0 % leicht höher ausfiel als noch im Juni 2009 (damals 40,63 %).

Bei Europaparlamentswahlen zu punkten, ist nicht unbedingt die leichteste Übung für den FN, aufgrund seines „europafernen", gegenüber der EU distanzierten bis feindlichen Charakters. Auch wenn gleichzeitig der Wahlmodus nach dem Verhältniswahlrecht die Stimmabgabe für den FN erleichtert – anders als bei Anwendung des Mehrheitswahlrechts (wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung) besteht hier für FN-Wähler/innen quasi keinerlei Risiko, eine „verlorene Stimme" abzugeben.

In diesem Falle hat es besonders der Front National vermocht, seine Wähler/innen/schaft zu motivieren und an die Urnen zu bringen. Ihr versprach die rechtsextreme Partei keinerlei „konstruktives" Verhalten im Europaparlament: Marine Le Pen kündigte eine reine Blockadepolitik an, „um das verrückte Vorrücken der EU-Integration aufzuhalten". Und der FN machte Wahlkampf gegen einen EU-Beitritt der Türkei, ein Thema, das er in seinem Wahlkampfmaterial fälschlich mit einer tunesischen (statt einer türkischen) Flagge illustrierte. Lächerlichkeit tötet nicht. Die Ressentiments gegen einen, bislang rein hypothetischen, Beitritt der Türkei zur EU nutzte im Übrigen auch die UMP als Wahlkampf"argument". Ähnlich, wie Politiker der UMP ebenso wie jene des FN gegen ein angeblich „für Einwanderung durchlässiges Europa mit löcherigen Grenzen" und das, laut ihrer Darstellung angeblich zu permissive, Schengen-Abkommen von rechts her Front machten.

Gleichzeitig sorgte der FN auch am Wahlsonntag tagsüber – während weder Wahlkampf stattfinden, noch (provisorische) Ergebnisse vorab verkündet werden dürfen – dafür, dass man über sie sprach: Am Sonntag tagsüber wetterte sie lautstark gegen einen angeblichen „großflächigen Wahlbetrug" der Regierung zu ihren Lasten, weil in manchen Wahlbüros (u.a. im dritten Pariser Bezirk) keine Stimmzettel des FN in den Wahlbüros ausgelegt worden seien. In Frankreich wählt man nicht auf einem einheitlichen Stimmzettel durch Ankreuzen wie in Deutschland, sondern durch Auswählen eines unter mehreren bereit liegenden Stimmbulletins, die durch die Parteien selbst in Eigenverantwortung und –finanzierung gedruckt werden. Mehrere Webseiten machten am Sonntag vorübergehend auf ihren Titelseiten mit den Agenturmeldungen dazu auf, unter anderem das (von Millionen Menschen genutzte) Portal von Orange.fr; die extreme Rechte hielt sich also tüchtig im Gespräch, während gleichzeitig allen Parteien die Fortführung des Wahlkampfs verboten blieb.

Die absolute Stimmenzahl des FN ist also zu relativieren. Doch besonders negativ erscheint zugleich, dass die höchsten Prozentanteile für die rechtsextreme Partei bei der jüngeren Generation – 30 % bei den unter 30jährigen – sowie in der Arbeiterschaft mit 43 % der abgegebenen Stimmen (nicht jedoch der Wahlberechtigten) zu verzeichnen waren. Die Partei von Marine Le Pen bezeichnet sich nun lautstark als „erste Partei Frankreichs" – obwohl sie es bislang nur bei einer relativ atypischen Europaparlamentswahl und nicht bei einer nationalen Wahl schaffte, zur stärksten Kraft zu werden – und hatte bereits im Vorfeld Plakate mit einem entsprechenden Aufdruck herstellen lassen. Folglich trat Marine Le Pen in der Wahlnacht mit dieser Aufschrift („Erste Partei Frankreichs") im Hintergrund vor die Kameras. Und sie wird nun versuchen, mit aller Kraft die neu gewonnene „Glaubwürdigkeit" als ernstzunehmende politische Kraft zu nutzen, um einen schlagkräftigen Apparat (wieder) aufzubauen. Nachdem der im Zeitraum 1995 bis 1998 zu seiner maximalen Entfaltung gelangte Kaderstamm und Parteiapparat durch die Parteispaltung unter Bruno Mégret 1999 weitgehend zerstört worden war – wovon die Partei sich bis heute nicht wirklich erholt hat.

Vorläufiger Ausblick

Präsident François Hollande hielt am Montag früh einen speziellen „Krisengipfel" im Elyséepalast zum Wahlausgang ab. Sein Premierminister Manuel Valls kündigte zuvor an, inhaltliche Änderungen an der Regierungspolitik werde es „nicht geben", der so genannte „Reformkurs wird fortgesetzt", punktum. Als einzige scheinbare Richtungsänderung verkündete er eine „Fortsetzung und Ausweitung von Steuersenkungen", nachdem er drei Tage vor der EP-Wahl eine Senkung der Einkommenssteuer für die unteren Steuerklassen angekündigt hatte. Steuersenkungen statt Lohnerhöhungen: eine klassisch bürgerliche (aber keinesfalls linke) Antwort, eine die Finanzen der öffentlichen Hand austrocknende und die Verteilung Kapital/Arbeit nicht antastende Richtungsentscheidung.

Es bleibt also bei derselben rechtslastigen Politik. Kein Trost. Nur: Würden heute Parlament und/oder Präsident gewählt – Marine Le Pen forderte in der Wahlnacht eine Parlamentsauflösung, welche jedoch vom Regierungslager sofort abgelehnt wurde -, käme alles noch schlimmer. Die Sozialdemokratie käme nicht einmal in die Stichwahl um die Präsidentschaft, welche zwischen Nicolas Sarkozy und Marine Le Pen ausgetragen würde…

B.S., Paris ■

Grenzschutz, Flucht und Asyl

Angesichts der Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer rückt die Politik zur Einreiseverhinderung an der europäischen Außengrenze regelmäßig in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Für die CDU ist der Schutz der europäischen Außengrenze ein „Garant für die Sicherheit in Europa". Sie unterstützt daher den Aufbau eines elektronischen Ein- und Ausreiseregisters und will den Auftrag der Grenzschutzagentur Frontex stärken. Die SPD fordert die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Damit soll eine bessere Verantwortungsverteilung zwischen den Mitgliedstaaten erreicht werden.

Die Grünen sehen in der Grenzpolitik „eine der größten europäischen Fehlentwicklungen" und fordern einen „Neuanfang". Sie setzen sich für mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten ein und fordern EU-weit einheitliche und faire Asylverfahren. Die Linke spricht sich ebenfalls gegen die Abschottung Europas aus. Sie lehnt das Seeüberwachungssystem Eurosur ab und will Frontex auflösen. Ein europäischer Verteilerschlüssel für Asylsuchende, der Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes, aber auch familiäre Bindungen und Sprachkenntnisse berücksichtigt, wird von der FDP angestrebt.

Die AfD fordert EU-weit einheitliche Mindeststandards zur Versorgung und Unterbringung Asylsuchender. Hilfe für Kriegsflüchtlinge soll möglichst „heimatnah" gewährleistet werden.

Quelle: http://www.migration-info.de Mai 2014 ■

Aufnahme syrischer Flüchtlinge

PRO ASYL begrüßt die Absicht von CDU/CSU und SPD, weitere syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Als Ad-hoc-Maßnahme fordert PRO ASYL die Aufnahme von rund 80 000 Menschen.

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL begrüßt die Absicht der Koalition, die Zahl der Aufnahmeplätze für syrische Flüchtlinge deutlich zu erhöhen.

Angesichts der Dramatik der syrischen Flüchtlingkrise ist eine Ausweitung des deutschen Aufnahmeprogramms dringend erforderlich. PRO ASYL weist darauf hin, dass in den Bundesländern beim 2. Bundesprogramm zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien Anträge für mehr als 76 000 Personen eingegangen sind.

„Eine angemessene Reaktion auf die hohe Zahl der Anträge wäre es, in einer Ad-hoc-Maßnahme diesen Antragstellern die Einreise zu gestatten. Statt langwieriger bürokratischer Prüfungsverfahren sollte sich die Bundesregierung zu einer Sofortmaßnahme entschließen und die Flüchtlinge einreisen lassen", forderte PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt.

In Deutschland leben zum Teil seit Jahren Menschen aus Syrien, die verzweifelt versuchen, Angehörige zu sich zu holen. Aus einer Antwort des Integrationsministeriums Baden-Württemberg (auf Drucksache 15/5079) ergibt sich der Bedarf nach einer großzügigen Aufnahme von Familienangehörigen (Antwort auf Frage 2). Aus der tabellarischen Übersicht geht hervor, dass für mehr als 76 000 Personen in den Bundesländern Aufnahmeanträge gestellt wurden. Im 2. Bundesprogramm stehen jedoch lediglich 5000 Aufnahmeplätze zur Verfügung.

Zudem werden die Anträge nur schleppend abgewickelt. Bis Ende April waren erst 4600 Personen über die Bundesprogramme eingereist. Neben einer Ad-hoc-Maßnahme fordert PRO ASYL eine Entbürokratisierung des Aufnahmeverfahrens. Statt starrer Obergrenzen müsse es in jedem Einzelfall Möglichkeiten geben, dass syrische Flüchtlinge zu Familienangehörigen nach Deutschland einreisen. Dies wäre über eine großzügige Auslegung des Aufenthaltsgesetzes möglich.

Quelle: Pressemitteilung Pro Asyl 14.05.2014 ■

2. FlüchtlingsFrauenKonferenz am 22.06.2014

Liebe Freundinnen und Schwestern,

letztes Jahr haben wir die Isolation gebrochen und die erste KARAWANE Flüchtlingsfrauenkonferenz in Hamburg 2013 organisiert. An dieser Konferenz haben vorwiegend Frauen aus den entlegensten Isolationslagern für Flüchtlinge in Deutschland, Migrantinnen sowie in Europa geborene Schwestern teilgenommen. In den drei Tagen der Zusammenkunft haben wir viel über unsere gemeinsamen Probleme im Exil erfahren und uns ausgetauscht. Die Konferenz war ein Ort von Solidarität und Kraft. Inspiriert durch die Konferenz wurde entschieden, im Vorfeld des Internationalen Flüchtlingstribunals gegen die BRD eine Demonstration der Frauen zu organisieren und unsere Klagen gegen die BRD auf dem Tribunal in einem gesonderten Block hervorzubringen. Seitdem treffen wir uns regelmäßig bei den bundesweiten Treffen der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigranntInnen und darüber hinaus dort, wo die Freundinnen leben müßen. Unterschiedliche Treffen fanden bereits in Augsburg, Bielefeld und Wuppertal statt und weitere werden bis zur Konferenz organisiert. –

Bis zur Konferenz und dort wollen wir darüber diskutieren, wie wir uns stärker organisieren und verteidigen können. Denn egal wo wir sind, werden unsere Lebensräume eingeengt und uns die Lebensgrundlagen und Rechte weggenommen. Verlaßen wir aufgrund der Kriege, Elend und Armut unsere Länder, um vielleicht auch für unsere zurückgelaßenen Kinder eine Zukunft zu organisieren, erleben wir nicht nur unterwegs Gewalt, sondern auch hier in Deutschland. Wir wollen speziell diese Konferenz in Frankfurt organisieren, weil dort unsere Schwester Christy Omordion Schwundeck von der Polizei auf dem Amt erschoßen worden ist. Sie war nicht die erste Frau, die hier in Deutschland ermordet wurde. Bereits N'deye Mareame Sarr wurde 2001 in Aschaffenburg von der Polizei erschoßen. Wir vergeßen nicht die Schwestern, die im Bremer Polizeigewahrsam vergewaltigt und anschließend abgeschoben wurden. Aber die Gewalt spüren wir nicht nur an unseren eigenen Körper, sondern auch an unseren Kindern, bei Abschiebungen, bei Erniedrigungen im Lager oder auch dadurch, daß sie in unseren Händen sterben müßen, weil ihnen die notwendige Gesundheitsversorgung, wie vor kurzem in Niedersachsen, verweigert wird.

Unser Leben wird ständig bedroht, aber wir kämpfen jeden Tag, um zu überleben. Jede von uns, die im Isolationslager ist, kämpft jeden Tag gegen die drohende Abschiebung und die raßistischen Ausgrenzungen. Wir kämpfen auch jeden Tag für das Wohl unsere Kinder, die wir zurücklaßen mußten, oder die hier mit uns in den Isolationslagern ausharren müßen. Diese Kraft, die uns am Leben erhält, wollen wir bei der nächsten Konferenz in Frankfurt nutzen, um gemeinsam langfristige solidarische Strukturen für unsere eigene Verteidigung zu schaffen, lokal und überregional. Kommt zahlreich und laßt uns den Kampf, den wir letztes Jahr gemeinsam begonnen haben, weiter gestalten.

2. Karawane FlüchtlingsFrauenKonferenz, 20.06. bis 22.06.2014 in Frankfurt / Main

Das vorläufige Programm der Konferenz:

Freitag, 20. Juni 2014

Demonstration im Gedenken an Christy Omordion Schwundeck

Samstag, 21. Juni 2014

Vormittag: Inputbeiträge zu Kampf im Herkunftsland, Frauenspezifische Fluchtgründe, Kinder im Herkunftsland
Nachmittag: Warum ist Selbstorganisierung notwendig? Anschließend Kulturprogramm

Sonntag, 22. Juni 2014

Wie stärken wir unsere Frauenkämpfe?

Quelle: the caravan.org Mai 2014 ■

BUKO 36: 29.5.–1.6.2014 in Leipzig

Alle oder nirgends!

Recht auf Bewegungsfreiheit – Recht auf Stadt

Ob innerhalb der wachsenden Metropolen oder an den Außengrenzen Europas: Die scheinbar klar umrissenen Räume unserer Gesellschaft werden permanent umkämpft und in Frage gestellt.

Gewaltsamer Ausschluss der „Überflüssigen“ und Einschluss der Verwertbaren, Kontrolle und Grenzziehungen definieren die Räume, in denen wir leben. Doch dies bleibt nicht unhinterfragt: Die Kämpfe um Stadt und die Kämpfe um Bewegungsfreiheit fordern die bestehende Logik von Verwertung und Ausbeutung massiv heraus. Auf dem BUKO 36 wollen wir diese Entwicklungen näher beleuchten und nach möglichen Perspektiven fragen.

Darum kommt an Himmelfahrt nach Leipzig, um mit uns über Schnittstellen zwischen Refugee-Kämpfen und Kämpfen um die Stadt zu diskutieren und gemeinsam Perspektiven zu entwickeln.

Quelle: http://kompass.antira.info Mai 2014 ■

Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Bulgarien

PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordern Abschiebungsstopp PRO ASYL und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen liegen Berichte von syrischen Flüchtlingen vor, die sehr detailliert erniedrigende Behandlung und schwere Misshandlungen bei ihrem Aufenthalt in bulgarischen Flüchtlings- und Haftlagern beschreiben. Auszüge der Berichte finden Sie im Anhang. Die Aussagen bezeugen mehrtägige Inhaftierung von Familien ohne Schutz vor Kälte, teils mit systematischem Nahrungs- und Flüssigkeitsentzug. Sie berichten von Polizeigewalt und erniedrigender Behandlung, von überfüllten Flüchtlingsunterkünften, in denen Nahrungsmangel grassiert, in denen katastrophale hygienische Bedingungen herrschen und in denen sich bulgarisches Lagerpersonal durch Korruption an der Not der Flüchtlinge bereichert. Sie berichten über mangelnde medizinische Versorgung und Fälle unterlassener Hilfeleistung mit Todesfolge. Sie berichten, dass Flüchtlinge unter den Augen von bulgarischen Polizisten Opfer von rassistischen Angriffen werden.

Die Bundesregierung bereitet derzeit eine hohe Zahl von Abschiebungen nach Bulgarien vor. So wurden im ersten Quartal 2014 629 Überstellungsgesuche an Bulgarien gestellt, um von Bulgarien nach Deutschland weitergeflohene Schutzsuchende im Rahmen der Dublin-III-Verordnung rücküberstellen zu können. Diese Abschiebungen dürfen nicht vollzogen werden. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und PRO ASYL fordern einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Bulgarien

Über 2500 Asylsuchende und Flüchtlinge habe seit Ende 2013 Bulgarien verlassen um in anderen EU-Staaten Schutz zu suchen. Laut Human Rights Watch waren in Bulgarien Mitte Dezember 2013 9.247 Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge registriert, am 19. März 2014 waren es nur noch 6.832. In Bulgarien werden alle irregulär einreisenden Schutzsuchenden systematisch inhaftiert. Familien und Einzelpersonen müssen in überfüllten Hallen leben, die keinerlei Privatsphäre bieten, teilweise mit mangelndem Heizsystem und kaum elektrischer Versorgung. Ausreichend sanitäre Einrichtungen fehlen. Die Versorgung von Babys und Kleinkindern ist nicht gewährleistet. Diese Mängel dokumentieren auch UNHCR und amnesty international.

Nach Angaben des Bulgarischen Helsinki-Komitees finden auch Schutzsuchenden, denen in Bulgarien ein Schutzstatus gewährt wurde, praktisch keinen Schutz: Sie erhalten keine Unterstützung bei der Wohnungssuche, beim Spracherwerb oder bei der Suche nach Arbeit.

Seit November 2013 hat der bulgarische Grenzschutz die Abriegelung der bulgarisch-türkischen Grenze mit zusätzlich rund 1500 Polizeibeamten verstärkt. Ende 2013 wurde mit dem Bau eines 30 Kilometer langen Grenzzaunes begonnen. Kamen im Herbst letzten Jahres noch fast 8000 Menschen über die türkisch-bulgarische Grenze, waren es von Januar bis März 2014 nur gut 370. Bei dieser Form der „Grenzsicherung” schrecken die Bulgarischen Grenzschützer auch nicht vor illegalen „Push-Backs” zurück. Durch solche Zurückweisungen wird der Zugang zu einem Asylverfahren völkerrechtswidrig verhindert. UNHCR berichtet von Fällen von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan dem Sudan, die an der Grenze zurückgewiesen wurden.

Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Niedersachsen/ www.proasyl.de 23.05.2014 ■

EU: Rassismus gegen Roma nimmt zu

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat die EU-Staaten aufgefordert, entschlossener gegen die Diskriminierung von Roma vorzugehen. In einem Anfang April veröffentlichten Bericht wirft die Menschenrechtsorganisation den EU-Ländern vor, gewalttätige Angriffe auf Roma vielfach „stillschweigend“ hinzunehmen und die Verantwortlichen häufig nicht zur Rechenschaft zu ziehen. Die „passive Haltung der Regierungen“ sowie der rassistische Diskurs über Roma ermutige zu Gewalttaten, wie dies insbesondere in Tschechien und Griechenland der Fall sei.

In beiden Ländern sind in der Vergangenheit auch Polizisten mit rassistisch motivierter Gewalt gegen Roma vorgegangen. AI kritisiert zudem, dass viele der 10-12 Mio. Roma in Europa systematisch diskriminiert würden, etwa beim Zugang zu Schulen oder angemessenem Wohnraum. Die Organisation fordert unter anderem, die Umsetzung der europäischen Antirassismus-Richtlinie (2000/43/EG) stärker zu kontrollieren und „in letzter Konsequenz Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten“ einzuleiten.

Quelle: http://www.migration-info.de Mai 2014 ■

Bundesregierung will Roma abschrecken

„Mit der Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als `sichere Herkunftsländer´ geht es der Bundesregierung vor allem um Abschreckung“ kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die nun vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zu ergänzenden Informationen zur Asylstatistik (18/1228). Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung setzt mit ihrem Gesetzentwurf auf Abschreckung, wie sie nun offen einräumt. Da auch jetzt schon 90 Prozent aller Asylanträge aus den drei Balkanstaaten als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden, sei die Zeitersparnis durch die Einstufung gering, so die Bundesregierung in ihrer Antwort. Die wesentliche Entlastung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge entstehe durch den erhofften Effekt, dass dann einfach weniger Asylsuchende nach Deutschland kommen. Das Gesetz solle ein klares Signal an potentielle Asylsuchende sein, dass sie schnell wieder abgeschoben werden. Der Gesetzentwurf erinnert somit an den umgekehrt ins Fenster gestellten Reisigbesen (‚Zigeunerbesen‘) mit dem Signal: Ihr seid hier nicht willkommen!

Doch solange sich an den Gründen zur Flucht nichts ändert, werden ausgegrenzte, entrechtete und existenziell bedrohte Roma weiter in die EU und nach Deutschland fliehen. Erforderlich sind faire und umfassende Asylverfahren, die auch die existenzbedrohliche Wirkung von mehrfacher Diskriminierung berücksichtigen.“

Quelle: Pressemitteilung Ulla Jelpke, die Linke, 14.05.2014 ■

Europäische Union:

Neue Regeln für Frontex

Das EU-Parlament hat der Grenzschutzagentur Frontex strengere Regeln im Umgang mit Flüchtlingsbooten auferlegt. So dürfen diese Boote nicht mehr abgedrängt oder zur Umkehr gezwungen werden. Auch Fischer, die in Seenot geratenen Flüchtenden helfen, müssen künftig keine Strafen mehr befürchten. Kritikern geht der Beschluss nicht weit genug, um einen effektiven Flüchtlingsschutz zu gewährleisten.

Das EU-Parlament hat am 16. April mehrheitlich eine Reihe von Neuregelungen bezüglich der See-Grenzsicherung und des Flüchtlingsschutzes beschlossen. Die EU-Staaten sowie Frontex sind nun auch nach EU-Recht explizit verpflichtet, Flüchtlingen in Seenot zu helfen. Bislang basierten die Rettungseinsätze auf Freiwilligkeit. Flüchtlingsboote dürfen künftig nicht mehr abgedrängt oder zur Rückkehr genötigt werden; sie dürfen lediglich gewarnt werden, nicht in territoriale Gewässer von EU-Mitgliedstaaten einzudringen.

Bei ihren Grenzschutzoperationen hat Frontex ferner dafür Sorge zu tragen, dass schutzbedürftige Personen wie z. B. Opfer von Menschenhandel oder unbegleitete Minderjährige als solche identifiziert werden und ihre Rechte wahrnehmen können. Jedes Boot soll auf diese Personengruppe hin geprüft werden. Dazu sollen Dolmetscher und Rechtsberater bei Bedarf per Funkverbindung konsultiert werden. Zudem sollen Personen, die in Seenot geratenen Flüchtlingen helfen, künftig keine Strafen mehr befürchten müssen. Die neuen Regelungen bekräftigen das Zurückweisungsverbot der Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 33, GFK), wonach Einwanderer nicht an den Außengrenzen abgewiesen und in Drittstaaten zurückgeschickt werden dürfen, in denen ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen. Anlass für die Neuregelung gaben zum einen das schwere Flüchtlingsunglück vor der italienischen Insel Lampedusa im Oktober des vergangenen Jahres, zum anderen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 5. September 2012, in dem die bisherige rechtliche Grundlage für die Praxis der Überwachung der EU-Seeaußengrenzen für nichtig erklärt wurde. Bei der Verabschiedung der rechtlichen Grundlage für die durch die europäische Agentur Frontex durchgeführte Grenzüberwachung war das Europäische Parlament nicht berücksichtigt worden. Der EU-Ministerrat muss den neuen Regeln noch zustimmen. Damit sei noch vor dem Sommer dieses Jahres zu rechnen, teilte die EU mit. Reaktionen: „Wir haben jüngst zu viele tragische Verluste von Menschenleben im Mittelmeer erlebt“, kommentierte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström die Entscheidung des EU-Parlaments und ergänzte: „Klare, verbindliche Regeln zum Abfangen, zur Suche, Rettung und Landung werden helfen, solche Tragödien in der Zukunft zu verhindern.“ … Während sich alle politischen Parteien darüber einig sind, dass es sich bei den Reformen grundsätzlich um eine Verbesserung des Flüchtlingsschutzes handelt, geht die Neufassung der Europäischen Grünen Partei nicht weit genug. Deren Spitzenkandidatin Ska Keller erklärte, dass ohne den prinzipiellen Einsatz von Dolmetschern vor Ort eine ernsthafte Prüfung der Schutzbedürftigkeit nicht gewährleistet sei. Diese sei aber Grundlage des Zurückweisungsverbots, das somit umgangen werden könne. Aus diesem Grund haben sich die Grünen im EU-Parlament bei der Abstimmung enthalten (!; Anm. Red). Cornelia Ernst (Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) hatte gegen die Neuregelung gestimmt, weil diese hinter das vereinbarte Ziel zurückfalle. Asylsuchenden drohe weiterhin die Zurückweisung, noch bevor sie die EU betreten.

Unterdessen riefen die südeuropäischen EU-Staaten die Europäische Union auf, illegale Einwanderung stärker zu bekämpfen. Die EU solle den betroffenen Mitgliedstaaten im Süden zudem finanziell helfen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister von Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Griechenland, Malta und Zypern, die Mitte April auf einem informellen Ministertreffen in der spanischen Hafenstadt Alicante verabschiedet wurde. Seit Jahresanfang verzeichnen die südeuropäischen EU-Staaten einen starken Anstieg an irregulärer Einwanderung. Allein nach Italien sind seit Jahresbeginn etwa 20 000 Personen über den Seeweg gelangt.

Beim Versuch der Einreise kommen immer wieder Menschen ums Leben, zuletzt bei einem Bootsunglück in der griechischen Ägäis Anfang Mai mit mindestens 22 Todesopfern.

http://www.migration-info.de ■

Mindestens 23 000 Tote an EU-Außengrenzen seit 2000

Ein Zusammenschluss von Journalisten hat neue Zahlen zum Ausmaß des europäischen Flüchtlingsdramas vorgelegt. Demnach sind seit dem Jahr 2000 mindestens 23 000 Menschen bei ihren Einwanderungsversuchen nach Europa ums Leben gekommen oder gelten seither als vermisst. Vorherige Schätzungen gingen von 17 000 bis 19 000 Opfern seit den frühen 1990er Jahren aus.

Das Projekt „The MigrantsFiles“ führt Auswertungen des Netzwerks „United for Intercultural- Action“, des Projekts „Fortress Europe“ sowie Daten der Europäischen Kommission zusammen und analysiert laufend die Berichterstattung über Todesfälle und Vermisstenmeldungen. Bisher erheben weder die Behörden der europäischen Mitgliedstaaten noch die europäische Grenzschutzagentur Frontex Statistiken über die Todesfälle an Europas Außengrenzen.

Seitdem Frontex die Kontrollen an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei im Jahr 2011 verstärkt hat, ist die Zahl der Migranten auf dieser Route von 55 000 auf 12 000 im Jahr 2013 gefallen, während die Einwanderungsversuche auf dem gefährlicheren Seeweg zwischen der Türkei und Griechenland von 1500 auf über 11 000 gestiegen sind.

Quelle: http://www.migration-info.de ■

Freedom March to Brussels

Am 25. Mai 2014 findet die Wahl des Europaparlaments und am 26. und 27. Juni das Gipfeltreffen des Europäischen Rats unter anderem zum Schwerpunktthema Migrationspolitik statt. Ein Netzwerk europäischer Flüchtlings- und Migrant_innen-Bewegungen nahm diese Termine zum Anlass einer breiten Kampagne: Zur Europaparlamentswahl am 25. Mai 2014 mobilisiert das Netzwerk für dezentrale Aktionen und zum gleichen Zeitpunkt startet die Protestkarawane in Straßburg. 450 km führt die Strecke über Saarbrücken, Schengen. Luxemburg, Charleroi nach Brüssel. Einen Monat wird die Karawane zu Fuß unterwegs sein. In den Städten und an den vier Grenzübergängen werden Demonstrationen und andere Aktionen stattfinden. Ab dem 20. Juni ruft das Netzwerk zu einer Aktionswoche in Brüssel auf.

Das europäische Netzwerk der Geflüchteten und Migrant_innen fordert einen solidarischen und verantwortungsvollen Umgang mit Menschen auf der Flucht und Migrant_innen. Es fordert den Stopp aller Internierungen und Abschiebungen, das Recht auf Asyl und die Ermöglichung eines gleichberechtigten Lebens in Europa. Langfristiges Ziel der am Netzwerk beteiligten Flüchtlingsbewegungen ist die Aufhebung aller repressiven Maßnahmen gegen Migrant_innen und Menschen auf der Flucht.

Weitere Informationen zum Protestmarsch unter:

http://freedomnotfrontex.noblogs.org/

https://www.facebook.com/freedomnotfrontex

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

PRO ASYL: Syrien – Europas Abschottung beenden

Angesichts der mittlerweile über 2,7 Millionen Menschen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg in die Nachbarstaaten geflohen sind, fordert PRO ASYL, syrischen Flüchtlingen endlich ungehinderten Zugang zu Schutz in Europa zu gewähren.

Abschottungspolitik und Zurückweisungen beenden

Die Europäische Union hat ihre Grenzen gegenüber syrischen Schutzsuchenden systematisch verschlossen – vor allem durch die Abriegelung der bulgarisch-türkischen und der griechisch-türkischen EU-Landgrenzen. Schutzsuchende aus Syrien, die vor den prekären Verhältnissen in den Erstaufnahmestaaten nach Europa fliehen, sehen sich mehr und mehr gezwungen, die Flucht über das Meer zu riskieren. Zuletzt hat sich die Fluchtroute syrischer Flüchtlinge verstärkt auf die Ägäis und das zentrale Mittelmeer verlagert. Seit Oktober 2013 sind mehrere Hundert Schutzsuchende aus dem Bürgerkriegsland ertrunken. Die systematischen völkerrechtswidrigen Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den EU- Außengrenzen Bulgariens und Griechenlands müssen beendet werden. Das gilt auch für illegale Zurückweisungen im Inneren der EU. Syrische Flüchtlinge sind aktuell auch Opfer völkerrechtswidriger Push Backs von Italien nach Griechenland.

Erweiterten Familiennachzug ermöglichen

In Deutschland leben im Mai 2014 laut Bundesinnenministerium rund 64.000 Menschen aus Syrien sowie eine unbekannte Zahl deutscher Staatsbürger syrischer Herkunft. Viele dieser größtenteils seit langem in Deutschland lebenden Menschen wollen Angehörige zu sich retten, die in Syrien in Lebensgefahr sind oder in Syriens Nachbarstaaten in existentieller Not leben. Großzügige und unbürokratische Regelungen eines erweiterten Familiennachzugs sind ein Gebot der Menschlichkeit.

Die bisherigen Aufnahmeprogramme decken den Bedarf in keiner Weise ab. Den Bundesländern liegen für das 2. Bundesprogramm zur Aufnahme von Syrien-Flüchtlingen Anträge für 76 000 Menschen vor, für die in Deutschland lebende Angehörige um Einreiseerlaubnis bitten. Den 76 000 Menschen stehen im Rahmen dieses 2. Bundesprogramms nur 5000 Aufnahmeplätze gegenüber. Die politisch diskutierte Aufstockung um weitere 10 000 Plätze ist deshalb nicht ausreichend.

PRO ASYL fordert als Ad-hoc-Maßnahme die Aufnahme der 76 000 Familienangehörigen aus Syrien, für die bereits Anträge gestellt wurden. PRO ASYL erinnert daran, dass während des Bosnien-Krieges mehr als 300 000 Menschen in Deutschland Aufnahme haben finden können.

Entbürokratisierung der Flüchtlingsaufnahme

Die bürokratischen Aufnahmeprogramme sind angesichts der akuten Not der Flüchtlinge viel zu schwerfällig. Nach einem Jahr sind die letzten der 5.000 Menschen aus dem ersten Bundesprogramm eingereist. Über das im Dezember 2013 beschlossene zweite Programm sind erst 100 angekommen. Von der bevorstehenden Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern erwartet PRO ASYL ein Konzept zur Entbürokratisierung der Flüchtlingsaufnahme. Dazu gehört, dass die starren Obergrenzen für Kontingente aufgehoben werden.

Ein anderer gangbarer Weg wäre, den Verwandten der hier lebenden Syrer den Nachzug über § 36 Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen (Nachzug sonstiger Angehöriger aufgrund einer außergewöhnlichen Härte). Bislang werden fast keine Visa nach dieser Ermessenvorschrift erteilt. Rechtlich wäre es jedoch möglich, den Familiennachzug nach dieser Vorschrift zu ermöglichen.

Legale Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa

PRO ASYL fordert die Bundesregierung zudem auf, sich für legale Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa einzusetzen. Nur so kann das Sterben auf dem Meer verhindert werden. Eine Möglichkeit wäre die Aufhebung der Visumpflicht. Angesichts der großen Zahl von syrischen Flüchtlingen, die sich im libyschen Transit befinden, um von dort aus die gefährliche Flucht über das zentrale Mittelmeer zu wagen, fordert PRO ASYL die unmittelbare Einleitung von Rettungsmaßnahmen für die gestrandeten Schutzsuchenden. Diese Flüchtlinge müssen durch ein Ad-hoc-Aufnahmeprogramm zügig in die EU transferiert werden.

Zuständigkeitsverweigerung beenden

Trotz der rigiden Grenzabwehr kommen Flüchtlinge aus Syrien über andere EU- Staaten wie Italien, Bulgarien und Ungarn nach Deutschland. Die Bundesregierung sieht sich für die Asylanträge der Betroffenen für nicht zuständig, da die sogenannte Dublin-Verordnung vorsieht, dass derjenige EU-Staat für einen Flüchtling verantwortlich ist, der ihn hat einreisen lassen. Allein in den letzten 15 Monaten hat die Bundesregierung circa 2.000 Rücküberstellungsgesuche an andere EU-Mitgliedsstaaten gestellt. Dies erfolgt, um die Betroffenen auf der Grundlage der Dublin-III-Verordnung in denjenigen EU-Randstaaten abzuschieben, in dem sie erstmals EU-Territorium betreten haben. Unter den von Abschiebung bedrohten syrischen Schutzsuchenden sind auch zahlreiche Schutzsuchende mit Familienangehörigen in Deutschland. PRO ASYL fordert die Bundesregierung auf, diese Zuständigkeitsverweigerung zu beenden. Das Dublin-System wälzt die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf EU-Randstaaten ab, die dieser nicht nachkommen. Es verhindert zudem, dass Schutzsuchende innerhalb der EU zu ihren Angehörigen gelangen können. Es führt dazu, dass Flüchtlingen, die vor unmenschlichen Aufnahmebedingungen etwa aus Bulgarien nach Deutschland weiterfliehen, in Verhältnisse abgeschoben werden, in denen ihnen menschenunwürdige Bedingungen drohen und sie schutzlos bleiben.

PRO ASYL fordert, dass auch aus den EU-Staaten Anträge auf Aufnahme nach Deutschland möglich sind. Bislang können diese nur aus den Anrainerstaaten Syriens und Ägypten gestellt werden.

Europas Versagen angesichts der syrischen Flüchtlingskrise Bislang konnten sich seit Kriegsausbruch im Frühjahr 2011 nur knapp 95 000 Schutzsuchende aus Syrien auf eigene Faust nach Europa durchschlagen und hier einen Asylantrag stellen. Die Zahl der von den EU-Staaten freiwillig für Syrien-Flüchtlinge zur Verfügung gestellten Aufnahmeplätze liegt aktuell bei weniger als 20 000. Im EU-Nachbarland Türkei leben bereits über eine Million Flüchtlinge aus Syrien, im Libanon sind es ebenfalls über eine Million, in Jordanien rund 600 000, im Irak über 220 000 und knapp 140 000 in Ägypten. PRO ASYL wirft der Europäischen Union Versagen angesichts der syrischen Flüchtlingskrise vor. Die vom Bundestag geforderte europäische Flüchtlingsaufnahmekonferenz muss entschieden von der Bundesregierung vorangetrieben werden.

Presseerklärung PRO ASYL 21.05.2014

■

Siehe Artikel Seite 12 unten

Flutkatastrophe im Balkan:
Abschiebestopp jetzt!

Angesichts der verheerenden Flutkatastrophe im Westbalkan und der hierdurch einmal mehr extrem schwierigen Lebensbedingungen von Minderheitenangehörigen in diesen Ländern fordern die Flüchtlingsräte Schleswig-Holstein, Berlin und Brandenburg einen offiziellen Abschiebestopp nach Bosnien-Herzegowina und Serbien. Ausreisepflichtige – i.d.R. im Asylverfahren gescheiterte Flüchtlinge – werden aktuell in die Staaten des Westbalkans abgeschoben oder im Zuge amtlich organisierter sogenannter „freiwilliger" Ausreisen rückgeführt. Dies geschieht häufig im Rahmen so genannter Sammelabschiebungen mit speziell für diesen Zweck gecharterten Flugzeugen. Es handelt sich in zahlreichen Fällen um Angehörige der Minderheit der Roma, die in ihren Herkunftsländern auch ohne Flutgefährdungen existenziell bedrohlicher Diskriminierung ausgesetzt sind.

Bosnien-Herzegowina und Serbien erleben derzeit eine der schlimmsten Hochwasserkatastrophen ihrer Geschichte. Allein in Bosnien-Herzegowina ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung von dem Hochwasser betroffen. In Serbien werden weitere Flutwellen und Erdrutsche erwartet. Aufgrund der hohen Temperaturen besteht Seuchengefahr, frei geschwemmte Landminen stellen eine zusätzliche Gefährdung dar. Tausende Menschen sind seit Tagen von Strom und Wasserversorgung abgeschnitten, und vielerorts gibt es einen akuten Mangel an Trinkwasser, Nahrung und Medikamenten. Auch ohne Hochwasser ist die Lage für Roma im Westbalkan extrem schwierig. Nach der Abschiebung wissen viele Roma nicht, wo sie wohnen, wovon sie leben und wie sie benötigte Medikamente bezahlen sollen. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation sind Abschiebungen nach Bosnien-Herzegowina und Serbien völlig unverantwortlich. Die Flüchtlingsräte fordern einen offiziellen Abschiebestopp in die vom Hochwasser betroffenen Länder auf Grundlage einer zu verlängernden oder zu erteilenden Duldung.

Das Technische Hilfswerk ist seit letztem Wochenende in den von dem Hochwasser betroffenen Regionen im Einsatz, das Auswärtige Amt hat finanzielle Soforthilfe zur Verfügung gestellt, Hilfsorganisationen haben ein Spendenkonto eingerichtet. Solidarität sollte nicht nur finanzielle und praktische Unterstützung bedeuten, sondern auch, kranke, besonders schutzbedürftige und sozial benachteiligte Menschen nicht in diese Regionen zurück zu schieben und sie der Obdachlosigkeit und Lebensgefahr auszusetzen.

Menschenrechtsorganisationen in Serbien und Bosnien-Herzegowina berichteten von massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten und Versorgungsengpässen seit der Flut. Zudem seien die provisorischen Roma-Siedlungen insbesondere in Bosnien und Serbien besonders von der Zerstörung durch Hochwasser und Erdrutsche getroffen. Einige Siedlungen seien vollkommen weggespült oder von Versorgungswegen abgeschnitten. Sie befürchten zudem, dass Roma, die in informellen Siedlungen lebten, keine Entschädigung für ihre zerstörten Häuser erhalten und dass zehntausende Menschen dauerhaft obdachlos bleiben. Die desolate und damit Rückführungen ausschließende Lage in der Region wird also absehbar über den Zeitraum gesunkener Pegelstände hinaus fortbestehen.

Quelle: Gemeinsame Presseerklärung der Flüchtlingsräte Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen Potsdam/Berlin/Kiel/Hildesheim, 22.5.2014 ■

„Wohnfähigkeitsprüfung" vorläufig ausgesetzt

Anfang letzten Jahres hatte die Landeshauptstadt Potsdam ein neues Unterbringungskonzept für Flüchtlinge vorgelegt. Das darin vorgesehene dreistufige Verfahren zur Feststellung der „Wohnfähigkeit" wurde nun von einem durch die Antidiskriminierungsberatung der Opferperspektive in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten als diskriminierend eingestuft. Die Verantwortlichen der Stadt haben das Verfahren vorläufig ausgesetzt.

Das „Konzept zur Unterbringung von Asylsuchenden und geduldeten Personen in Potsdam" war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Bis dahin durften Flüchtlinge nur in Ausnahmefällen und nach mehreren Jahren eine eigene Wohnung beziehen. Nun wurde die Wohnungsunterbringung nach 12 bzw. 6 Monaten zum Regelfall. Um die Wohnraumsuche der Flüchtlinge zu unterstützen, leistet sich die Stadt sogar die Fortsetzung eines zunächst von der Kirche finanzierten Modellprojektes aus eigenen Mitteln. Potsdam wurde beispielgebend dafür, wie die vorrangige Wohnungsunterbringung trotz angespanntem Wohnungsmarkt funktionieren kann – und sparte dabei sogar noch Geld.

Bei so viel gutem Willen fragt man sich, warum die Verantwortlichen dennoch an einem Prüfungsverfahren für die Wohnungsunterbringung von Flüchtlingen festhalten, dass über eine reine Abfrage, ob in nächster Zeit die Abschiebung ansteht, hinausgeht. Warum muss hier eine sozialpädagogische Beurteilung stattfinden, schriftliche Berichte über Sprachkenntnisse, Sozialverhalten, Ordnung, Sauberkeit und Pünktlichkeit eingeholt werden?

Der jetzt außer Kraft gesetzte „Wohnfähigkeitscheck" ist aus der Wohnungslosenhilfe entlehnt. Das macht klar, welche Haltung hinter dem Verfahren steht. Es wird von allen geflüchteten Menschen zunächst angenommen, dass sie grundsätzlich nicht über die Fähigkeit verfügen, ihr Leben eigenständig zu meistern. Sie müssten diese Fähigkeit erst neu erwerben und ob sie dies erfolgreich getan hätten, wird dann abgeprüft. Es geht also in dem „Wohnfähigkeitscheck" nicht um eine an den Betroffenen orientierte Hilfestellung. Das verhindert schon allein das Machtgefälle zwischen prüfendem Sozialarbeiter und AntragstellerIn. Es geht um eine Einschätzung der Behörde, ob die Geflüchteten schon „reif" für eine eigene Wohnung sind.

Hier – und nicht nur in Potsdam – werden Asylsuchende schnell zu Objekten, die entweder kontrolliert oder gut-meinend bevormundet werden. Sie werden nicht in einem „ressourcen-orientierten Ansatz" unter Wahrung der individuellen Interessen und Bedürfnisse unterstützt, sondern als grundsätzlich defizitär angesehen und paternalistisch behandelt. Zugleich haben sie die Bringschuld dafür zu tragen, ob das behördliche Handeln gelingt oder nicht.

Flüchtlinge sehen sich häufig mit einer bürokratischen Struktur konfrontiert, die auch für lange hier Lebende durchaus eine Hürde sein kann und ohne Unterstützung und Beratungsangebote kaum zu bewältigen wäre. Viele Asylsuchende haben traumatisierende Erfahrungen und Strapazen einer langen Flucht hinter sich und wollen so bald wie möglich in der neuen, sicheren Umgebung ankommen. Geflüchteten in diesem Prozess Unterstützung anzubieten und sie zu begleiten, ist eine wichtige Aufgabe für diejenigen, die es Ernst meinen mit der Integration.

Ein sozialpädagogisches Prüfungsverfahren der „Wohnfähigkeit" – in welcher Form auch immer – ist dabei völlig verfehlt. Wir hoffen daher, dass die Prüfung nicht nur vorübergehend ausgesetzt ist, sondern die Erfahrungen mit der diskriminierenden „Wohnfähigkeitsprüfung" zu einem grundsätzlichen Umdenken bei den Verantwortlichen führt.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 15.05.2014 ■

DGB: Antirassismusarbeit verstärken

In einem Beschluss des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses werden Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, „umgehend eine gesetzliche Grundlage zur Förderung und Unterstützung der Antirassismusarbeit zu schaffen und schnellstmöglich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ein Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu entwickeln".

Am DGB-Bundeskongress vom 11. bis zum 16. Mai 2014 in Berlin nahmen rund 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB teil. Der Bundeskongress ist das oberste Beschlussorgan des DGB, Ordentliche Bundeskongresse finden alle vier Jahre statt. Der Kongress in diesem Jahr stand unter dem Motto „Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität. 20. Parlament der Arbeit".

Den Beschluss „Rechtsextremismus bekämpfen, Rassismus überwinden, Antirassismusarbeit verstärken" hatte der DGB-Bundesvorstand eingebracht. Er knüpft damit an eine Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses an. Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass bestehende Programme langfristig finanziell sichergestellt und auf gesetzlicher Grundlage weiterentwickelt werden. Dies – so der Antrag – müsse nun geschehen: „Ziel des Programms muss auch sein, Menschen in die Lage zu versetzen, sich in Schule, Ausbildung, Beruf oder in der Freizeit gegen rassistische Äußerungen zur Wehr zu setzen."

Mit dem Programm sollen u. a. zivilgesellschaftliche Initiativen besser vernetzt, die politische Bildungsarbeit verstärkt und die Beratung und Unterstützung beim Umgang mit rassistischen oder rechtsextremen Tendenzen ausgebaut werden.

Zur Begründung verwies der DGB-Bundesvorstand auf rassistische und rechtsextreme Einstellungen und Weltbilder, die in allen Bevölkerungsgruppen anzutreffen sind. „Dies zeigt sich weniger anhand von Wahlentscheidungen, sondern vielmehr im Verhalten gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen, z. B. Migrantinnen und Migranten oder schwarzen Deutschen, und in Untersuchungen und Befragungen zu den politischen Überzeugungen und Auffassungen." Hier verweist er etwa auf die Untersuchung „Die Mitte im Umbruch" der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der zufolge unterstützt rund ein Viertel der Bevölkerung ausländerfeindliche Vorstellungen, ca. 36 Prozent unterstützen islamfeindliche Aussagen und immerhin noch knapp zehn Prozent der Bevölkerung sind antisemitisch eingestellt.

Und im Antrag wird noch auf einen anderen Zusammenhang verwiesen: „Dass rassistische und menschenfeindliche Einstellungen ihren Ausdruck auch bei Wahlen finden können, zeigt die von den Jugendverbänden organisierte Vorwahl zum Deutschen Bundestag. Dabei erhielt die NPD bundesweit einen Stimmenanteil von 5,7 Prozent, in Brandenburg gar 33,7 Prozent." Ein funktionierendes Bundesprogramm ist also nötig. Der Beschluss formuliert aber nicht nur Erwartungen an die Politik. Er verweist auch auf gewerkschaftliche Aktivitäten und plädiert für deren Stärkung: „Der DGB und die Gewerkschaften engagieren sich in den Schulen, Betrieben, Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und Stellen, in lokalen und regionalen Bündnissen und Netzwerken, organisieren bzw. beteiligen sich an Kampagnen, wie ‚Respekt!' oder den Wochen gegen Rassismus, und fördern die gemeinsame Arbeit im Verein ‚Mach´ meinen Kumpel nicht an!'. Zur Verbesserung der Wirksamkeit der Initiativen und Aktionen sollte der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den gewerkschaftlichen Initiativen weiter verstärkt werden."

In einem anderen einstimmig gefassten Beschluss des Bundeskongresses – „Aktionen des zivilen Ungehorsams" – wird deutlich, dass das Engagement auch aktive Gegenwehr einschließt, wenn Rechte versuchen, den öffentlichen Raum zu besetzen. Wörtlich heißt es da: „Der DGB beteiligt sich aktiv an Gegenprotesten zu RassistInnen bzw. Neonazisaufmärschen, -kundgebungen und Ähnlichem. Über Aktionen des Zivilen Ungehorsams wie etwa den Einsatz von Blockaden als legitime Aktions-und Kampfform des DGB soll anlassbezogen im DGB diskutiert und entschieden werden." Eine intensive Debatte ging dem Beschluss, der letztlich von der Antragsberatungskommission vorgeschlagen wurde, voraus.

Der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress hat Reiner Hoffmann zum Vorsitzenden und Elke Hannack zur stellv. Vorsitzenden gewählt. Als weitere Mitglieder des DGB-Bundesvorstands wurden Annelie Buntenbach und Stefan Körzell gewählt. In seiner Grundsatzrede appellierte Reiner Hoffmann an die Delegierten: „In einer globalisierten Welt können und dürfen wir Europa nicht zur Festung einmauern. Ein weltoffenes und solidarisches Europa ist unsere Perspektive. Dafür wollen wir kämpfen." Der Kumpelverein wünscht dem neu gewählten DGB-Vorstand viel Erfolg!

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Mai 2014" ■

Merkel surft auf der rechtspopulistischen Welle

„Mit ihrem Gerede über angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen ist die Bundeskanzlerin wenige Tage vor den Europa-Wahlen in das Ringen um die Stimmen am rechten Rand eingestiegen. Damit zeigt sie deutlich: im Europa der Banken und Konzerne gelten die Rechte von Armen und Arbeitslosen nur beschränkt", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zu Äußerungen der Bundeskanzlerin und bekannt gewordenen Gesetzesplänen der Koalition. Jelpke weiter:

„Für einen Missbrauch des Sozial- und Kindergeldsystems in Deutschland durch Unionsbürger in einer relevanten Größenordnung gibt es keinerlei Hinweise oder Belege. Im Gegenteil profitiert gerade die Bundesrepublik enorm von der Einwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern. Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben, die von ihnen in Deutschland gezahlt werden, übertreffen bei weitem die Ausgaben. Dass im Rahmen der Freizügigkeit auch Menschen kommen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, ist verkraftbar. Auch diese Menschen haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Doch stattdessen erklärt die Kanzlerin, die EU sei keine Sozialunion. Damit spricht sie der weiteren sozialen Spaltung Europas das Wort. Wer die Freizügigkeit allein vom Geldbeutel abhängig machen will, der will kein solidarisches Europa. Das ist ein fatales Signal drei Tage vor der Europawahl. DIE LINKE wird sich weiterhin für das Recht auf Freizügigkeit aller Menschen in der EU einsetzen."

Ulla Jelpke, MdB ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Neue Broschüre (Nachdruck)

NAZIFASCHISMUS – VERFOLGTE – WIDERSTAND

Die jetzt neu veröffentlichte Broschüre „Nazifaschismus - Verfolgte - Widerstand - Dokumentation einer antifaschistischen Veranstaltungsreihe“ der Jugendantifa Berlin (JAB) ist erstmals im Jahr 2010 im Zusammenhang mit einer Reihe von fünf antifaschistischen Veranstaltungen 2009/2010 erschienen. Es heißt in dieser Dokumentation:

„Mit dieser Veranstaltungsreihe ging es uns darum, uns wesentliche inhaltliche Schwerpunkte im Kampf gegen die heutigen Nazis anzueignen und Position zu beziehen. Getreu dem Motto: „Zur Praxis gehört die Theorie“. Es ist unser Anliegen, die Nazis und ihre Verbrechen anzuklagen, der Verfolgten des Naziterrors zu gedenken und Kontinuität gewährleistend antifaschistisch zu arbeiten. Hierfür ist es wichtig, über den aktiven Kampf hinaus (beispielsweise gegen die lokale Naziszene und den staatlichen Rassismus), den Nazifaschismus und seine Bestandteile zu kennen. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist für den praktischen und theoretischen Kampf unerlässlich.“ (Aus dem Klappentext der Broschüre)

In diesem Sinne haben wir selbst als inhaltlichen Beitrag zur Unterstützung des Kampfes gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2011 in Bremen zur Veranstaltung „Militant und jüdisch - der Widerstand der Herbert-Baum-Gruppe“ am 26. März 2011 mobilisiert. Dieser mit Unterstützung von Genossinnen der Jugendantifa Berlin durchgeführten Veranstaltung lag inhaltlich der gleichlautende Beitrag über die Herbert Baum-Gruppe in dieser Broschüre zugrunde. Außerdem wurde dort die von der Jugendantifa Berlin erstellte Ausstellung zu den Widerstandsaktionen der Herbert Baum-Gruppe, zu den Etappen der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung zur Zeit des Nazifaschismus und zu aktuellen antisemitischen Angriffen heute gezeigt und eine lebendige Debatte über aktuelle und historisch einzuschätzende Fragen des Kampfes gegen die Nazis geführt.

Wir denken, dass Anliegen und Inhalt dieser Dokumentation nichts von ihrer Aktualität und Bedeutung verloren haben und diese Publikation daher möglichst große Verbreitung finden sollten.

Ebenso meinen wir, dass Veranstaltungen in der Art der hier dokumentierten Veranstaltungsreihe öfter und vieler Orts stattfinden sollten, und dies gerade auch als gemeinsame Projekte von Gewerkschafterlnnen und Antifas in engster Zusammenarbeit mit allen von Nazi-Terror, staatlicher Unterdrückung, Abschiebungspolitik, Rassismus und Antisemitismus und „deutschen Verhältnissen“ überhaupt Betroffenen.

Gewantifa, März 2014
http://gewantifa.blogsport.eu/dokumentation-einer-antifaschistischen-veranstaltungsreihe/

Dokumentation: Der NSU Komplex – Die Münchner Morde

Von den zehn bekannten Morden, die dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben werden, sind zwei, der Mord an Habil Kiliç 2001, sowie der Mord an Theodoros Boulgarides 2005, in München verübt worden.

Im Mordfall Kiliç wurde wegen Raubmords, einer Beziehungstat, einer außerehelichen Beziehung, Glücksspielen, Schutzgelderpressung, politischer oder religiöser Hintergründe sowie Drogenhandel ermittelt. Diese Motive der „Ausländerkriminalität“ durchziehen alle Verhöre der zahlreichen Opfer, Angehörigen und Zeugen wie ein roter Faden. Oftmals wurden die Behörden sogar scheinbar fündig und präsentierten ihre Ergebnisse. Unter welchem psychischen Druck die Betroffenen dabei gelitten haben müssen ist kaum zu beschreiben.

Mit dieser Dokumentation von Gerichtsprotokollen, Pressetexten und Aussagen vor den Untersuchungsausschüssen, die auf der gleichnamigen Veranstaltung verlesen wurden, soll versucht werden die beiden Morde in München zu analysieren und ihrer Aufarbeitung stückweise näherzukommen.

Hier geht's zum Download:
http://www.bayern.rosalux.de/fileadmin/ls_bayern/dokumente/Dokumente_zur_Veranstaltung_zu_den_Muenchner_Morden_des_NSU.pdf

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507